



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 19. Sitzung des Stadtrates (SR/019/2010)

am Donnerstag, 30.09.2010,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Gudrun Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Dr. Hans-Joachim Brauns

Jan Donhauser

Elke Fischer

Ingo Flemming

Dietmar Haßler

Steffen Kaden

Sebastian Kieslich

Lothar Klein

Lars-Detlef Kluger

Peter Krüger

Angelika Malberg

Christa Müller

Klaus Rentsch

Dr. Helfried Reuther

Lars Röher

Silke Schöps

Joachim Stübner

Gunter Thiele

Horst Uhlig

Anke Wagner

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Dr. Margot Gaitzsch

Kristin Klaudia Kaufmann

Tilo Kießling

Annekatrien Klepsch

Gunild Lattmann

Jens Matthis

Katrin Mehlhorn

Hans-Jürgen Muskulus

Andreas Naumann

André Schollbach

Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

Margit Haase

Ulrike Hinz

Jens Hoffsommer

Eva Jähnigen

Thomas Löser

Andrea Schubert

Torsten Schulze

Gerit Thomas

Thomas Trepte

Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Peter Bartels
Axel Bergmann
Martin Bertram
Thomas Blümel
Sabine Friedel
Wilm Heinrich
Richard Kaniewski
Dr. Peter Lames
Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Matteo Böhme
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Barbara Lässig
Eberhard Rink
André Schindler
Burkhard Vester
Holger Zastrow
Jens-Uwe Zastrow

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer
Christoph Hille
Jan Kaboth
Anita Köhler

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Hartmut Krien

Abwesend:

-

Gäste:

Herr Ambatielos, Vorsitzender des Ausländerbeirates Zu TOP 35

Schriftführerin

Frau Reiher, Frau Volbrecht

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----|--|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 3 | Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte | |
| 4 | Einbringung des Haushaltes 2011/2012 - (V0750/10) | |
| 5 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder | A0229/10
beschließend |
| 6 | Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder | A0242/10
beschließend |
| 7 | Umbesetzung im Regionalen Planungsverband "Oberes Elbtal/Osterzgebirge" | A0264/10
beschließend |
| 8 | Umbesetzung in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V. | A0271/10
beschließend |
| 9 | Umbesetzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen | A0263/10
beschließend |
| 10 | Umbesetzung im Beirat ARGE | A0270/10
beschließend |
| 11 | Umbesetzung im Beirat Gesunde Städte | A0259/10
beschließend |
| 12 | Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta | A0267/10
beschließend |
| 13 | Tagesordnungspunkte ohne Debatte | |
| 14 | Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger (Entschädigungssatzung) | V0635/10
beschließend |
| 15 | Namensgebung der Schule für geistig Behinderte, Schweizer Straße 7 in 01069 Dresden | V0607/10
beschließend |
| 16 | Nachtrag zum Gestattungsvertrag Fernwärme vom 28. April 1998/22. Mai 1998 zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH | V0706/10
beschließend |
| 17 | Änderung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzung der EnergieVerbund Dresden GmbH, der Dresdner Verkehrsbetriebe AG und der DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH | V0707/10
beschließend |

18	Wahl des Aufsichtsrates der Dresdner Verkehrsbetriebe AG	V0710/10 beschließend
19	Auflösung und Liquidation der Schacholympiade 2008 - Chess Foundation GmbH	V0409/10 beschließend
20	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Sportstätten- und Bäderbetrieb Dresden	V0640/10 beschließend
21	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden	V0643/10 beschließend
22	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt	V0665/10 beschließend
23	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt	V0687/10 beschließend
24	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Dresden	V0641/10 beschließend
25	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes IT-Dienstleistungen Dresden	V0673/10 beschließend
26	Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Friedhofs- und Bestattungswesen Dresden	V0688/10 beschließend
27	Anmietung und Betreuung einer neu zu errichtenden Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Hauptstraße 4 in 01328 Dresden-Weißig	V0329/09 beschließend
28	Variantenrechnung für die Einführung eines Schüler- und Sozialtickets	V0661/10 beschließend
29	Notwendigkeit der Neuorganisation im Bereich Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) ab 1. Januar 2011 - Ein Vergleich der Organisationsformen "optimiertes Jobcenter" und "Option"	V0621/10 beschließend
30	Neuorganisation der Trägerschaft für Grundsicherung für Arbeitsuchende	A0171/10 beschließend
31	Lichtmasterplan Dresden Innenstadt	V0188/09 beschließend
32	Bebauungsplan Nr. 322, Dresden-Bühlau Nr. 7, Schwimmhalle Bühlau hier: 1. Abwägungsbeschluss 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung	V0671/10 beschließend
33	Hochwasserschutz Laubegast - Öffentlichkeitsbeteiligung und Kooperationsvereinbarung	V0649/10 beschließend
34	Vermeidung des Erwerbes von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen	V0519/10 beschließend

- 35** Konzept einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten für die Stadt Dresden **A0151/10**
beschließend

Nicht öffentlich

- 36** Beförderung des Amtsleiters des Ordnungsamtes **V0722/10**
beschließend

öffentlich

Einleitung:

Die Oberbürgermeisterin eröffnet die 19. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 30. September 2010, und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmung der Tagesordnung:

Die Oberbürgermeisterin schlägt vor, folgende TOP ohne Debatte zu behandeln: TOP 16, 20, 21, 24, 25, 26 und TOP 32.

Zu TOP 16 meldet **Herr Stadtrat Schollbach** Redebedarf an.

Die Oberbürgermeisterin schlägt weiterhin vor, die TOP 22 und 23 sowie die TOP 29 und 30 zusammen zu behandeln. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Die Oberbürgermeisterin vertagt TOP 14 aufgrund von Gesprächsbedarf von Fraktionen.

Sie schlägt weiter vor, die TOP 17 und 18 bis zur gerichtlichen Klärung des Antrages der Arbeitnehmersvertreter vom 24.09.2010 beim Landgericht hinsichtlich der ordnungsgemäßen Besetzung des DVB-Aufsichtsrates zu vertagen. Es gibt keinen Widerspruch.

Herr Stadtrat Schollbach möchte zu TOP 14 wissen, welche Fraktionen Gesprächsbedarf angemeldet hätten.

Die Oberbürgermeisterin verweist auf Gesprächsbedarf seitens der CDU-Fraktion sowie auf den umfangreichen Änderungsantrag.

Herr Stadtrat Hoffsommer beantragt zu TOP 29 Rederecht für Herrn Michael Schmelich, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im ARGE-Beirat.

Weiterhin beantragt er zu TOP 28 die Verweisung in die Ausschüsse. Er kritisiert die Wandlung der ursprünglichen Informationsvorlage während des Verfahrens in eine Beschlussvorlage. Er halte das Vorgehen für fragwürdig.

Die Oberbürgermeisterin vertagt ihrerseits die Vorlage TOP 28 in die Ausschüsse.

Frau Stadträtin Malberg beantragt, TOP 29 und TOP 30 zu vertagen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Herr Stadtrat Schollbach beantragt eine Auszeit zur Beratung des Vertagungsantrages zu TOP 30.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn beantragt zu TOP 29 und TOP 30 Verweisung in die Ausschüsse. Es gehe nicht um eine Vertagung.

Auszeit

Herr Stadtrat Hoffsommer plädiert dafür, TOP 29 und TOP 30 auf der Tagesordnung zu belassen. Er verweise auf den Zeitdruck. Inhaltlich gäbe es keinen Dissens.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion, TOP 29 und TOP 30 zu vertagen und in die Ausschüsse zu verweisen, mit 35 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu. Damit ist der Antrag von Herrn Stadtrat Hoffsommer auf Rederecht hinfällig.

Frau Stadträtin Zimmermann beantragt zu TOP 31 Verweisung in den Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn spricht sich dagegen aus.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Frau Stadträtin Zimmermann auf Verweisung des TOP 31 mit 30 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Die Oberbürgermeisterin gibt bekannt, dass zu TOP 35 Rederecht für Herrn Ambatielos, Vorsitzender des Ausländerbeirates, gewährt wird.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mit 35 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen zu.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Die Oberbürgermeisterin informiert über folgende in nicht öffentlicher Sitzung am 2. September 2010 gefasste Beschlüsse:

V0677/10

Besetzung der Stelle Büroleiter/-in (Amtsleiter/-in) des Büros der Oberbürgermeisterin (Bürgermeisteramt)

V0694/10

Berufung der Chefärztin der Klinik für Gefäßchirurgie im Eigenbetrieb Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt, Städtisches Klinikum

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

Die Oberbürgermeisterin begrüßt drei amerikanische Stipendiaten des John J. McCloy Fellowships.

Die Oberbürgermeisterin informiert über die Ergebnisse der Wahlen aus der Sondersitzung vom 23. September 2010.

Die Wahl zum Jugendhilfeausschuss ermöglicht wiederum keine spiegelbildliche Besetzung des Ausschusses. Ihr erneuter Widerspruch vom 29. September 2010 wurde gem. § 52 Abs. 2 Satz 5 SächsGemO zur Entscheidung der Landesdirektion vorgelegt. Bis zur Entscheidung durch die Landesdirektion ist der Vollzug des Beschlusses ausgesetzt.

Bei den Wahlen zum Beirat Wohnen, Ausschuss für Kultur, Petitionsausschuss, Kleingartenbeirat und Ausländerbeirat konnten die Wahlgänge nicht abgeschlossen werden, da die Stimmenverteilung Mandate zugewiesen hat, die nicht mit Vorschlägen untersetzt waren. Sie sind daher zu wiederholen. Da die Ladungsfrist für die heutige Sitzung bereits verstrichen war, werden die Wahlen in der nächsten Sitzung am 28. Oktober 2010 auf die Tagesordnung gesetzt.

3 Fragestunde der Stadträtinnen und Stadträte

Folgende Fragen sind schriftlich zu beantworten:

Frau Stadträtin Lässig, FDP-Fraktion,

zum Gerichtsurteil zum Antrag Stadtkasse schonen (mAF0103/10);

Herr Stadtrat Hille, BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion,

zu Verwaltungsstandorte (mAF0099/10);

Frau Stadträtin Malberg, CDU-Fraktion,

zur Wohngeldbearbeitung (mAF0095/10);

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch, Fraktion DIE LINKE.,

zu Anmeldungen von Demonstrationen für den Zeitraum 12. bis 20.02.2011 (mAF0102/10);

Frau Stadträtin Zimmermann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

zur Unterbringung von Asylbewerber/-innen (mAF0106/10);

Herr Stadtrat Dr. Lames, SPD-Fraktion,

zur Finanzierung Kulturpalast (mAF0096/10);

Herr Stadtrat Baur, fraktionslos,

zur Genehmigung Winterdorf (mAF0093/10);

Herr Stadtrat Genschmar, FDP-Fraktion,

zur Umsetzung FDP-Antrag zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Rathauses (mAF0097/10);

Herr Stadtrat Haßler, CDU-Fraktion,

zu Infrastrukturinvestitionen (mAF0094/10);

Herr Stadtrat Schollbach, Fraktion DIE LINKE.,

zum Stand Neuverhandlung Konzessionsvertrag – Rudolf-Harbig-Stadion (mAF0101/10);

Frau Stadträtin Schubert, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

zur Solaranlage Vitzthum-Gymnasium (mAF0105/10);

Herr Stadtrat Blümel, SPD-Fraktion,

zu fehlenden Berichten laut Stadtratsbeschluss zu Neuverhandlungen mit der Projektgesellschaft Stadion (mAF0100/10);

Herr Stadtrat Krien, fraktionslos,

zur Zulassung ausländischer Kennzeichen (mAF0104/10).

4 Einbringung des Haushaltes 2011/2012 - (V0750/10)

Die Oberbürgermeisterin stellt den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Dresden für die Jahre 2011 und 2012 nebst der mittelfristigen Finanzplanung für 2013 ff. vor.

„Mit diesem Haushalt sind mehrere Premieren verbunden:

1. Dies ist der erste Haushalt nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften der Doppik. Neben den reinen Geldflüssen, die die alte Kameralistik abbildete, werden von jetzt an die tatsächlichen Ressourcenverbräuche dargestellt. Wir sehen also von nun an den Werteverzehr unserer Infrastruktur als systematische Abbildung innerhalb unseres Rechnungswesens. Ich hoffe auch, dass uns dies bei zukünftigen Entscheidungen weiterhilft.
2. Dies ist der erste Haushalt nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wie Sie wissen, ist im letzten Jahr die Wirtschaftsleistung in Deutschland um fünf Prozent eingebrochen. So etwas hatte es vorher noch nie gegeben. Ich habe Ihnen daraufhin im Frühjahr dieses Jahres mit der „Vorlage zur Stabilisierung des Haushaltes“ vorgeschlagen, unser Investitionsprogramm deutlich zu entschleunigen. Mit anderen Worten: Wir haben viele der bereits zur Realisierung vorgesehenen Investitionsprojekte zeitlich strecken oder verschieben müssen. Gleichzeitig haben wir innerhalb der Verwaltung zu umfangreichen Bewirtschaftungsmaßnahmen sowohl beim Personal wie auch bei den Sachkosten gegriffen. Dieses Vorgehen war notwendig und richtig. Derzeit schätzen wir ein, dass durch all diese Maßnahmen ca. 65 Millionen EUR zu Gunsten des Investitionsprogrammes 2011 und 2012 freigelenkt werden konnten.
3. Dieser Haushalt erreicht mit seiner mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2015 die Halbzeitmarke im Degressionsprozess des Solidarpaktes und umfasst leider auch voraussichtlich die letzte Periode der EU-Strukturförderung.

Das bedeutet, dass wir unabhängig vom tatsächlichen Konjunkturverlauf strukturell in einer anderen Welt aufwachen werden. Solidarpakt und EU-Förderungen sind derzeit die systematische Überausstattung der neuen Länder mit Finanzmitteln mit dem Ziel, dass die Lücken in unserer Infrastruktur sich mit Auslaufen des Solidarpaktes schließen mögen. Dies bedeutet aber im Umkehrschluss, dass es für all die Investitionen, die wir im nächsten Jahrzehnt finanziell nicht darstellen können, es danach strukturell sehr viel schwerer werden wird, diese auch zu realisieren.

Daraus folgt, dass wir schon heute sehr genau abwägen müssen, welche Investitionen wir mit dem hier vorliegenden Doppelhaushalt tatsächlich angehen wollen. Politisch gesprochen, heißt es dann eben auch, die notwendigen Prioritäten zu setzen.

Wem immer in diesem Haushaltsplanentwurf irgendetwas fehlt, was im Übrigen nicht zuletzt wegen der Folgen der Wirtschaftskrise sehr wahrscheinlich ist, der sollte nicht einfach nach Kreditaufnahme rufen, sondern er muss notwendige Prioritäten im Auge haben.

Teile der Politik unterliegen leider regelmäßig der großen Versuchung, mehr zu versprechen, als man bezahlen kann. Dass man sich mit einer derartigen Haltung an den Rand des Ruins wirtschaftet, ist eine der wesentlichen Erkenntnisse der Krise der letzten zwei Jahre.

Nicht zuletzt auch wegen der Schuldenfreiheit genießt Dresden national wie international einen exzellenten Ruf. Die Schuldenfreiheit ist inzwischen imageprägender Standortfaktor Dresdens geworden und beeinflusst deshalb auch Standortentscheidungen von Unternehmen zu Gunsten unserer Stadt. Daraus resultieren die gewünschten Zuwanderungen von jungen Fachkräften und Familien. Eine Aufhebung des Verschuldungsverbotes zerstört diese positive Entwicklung schlagartig.

Die vierte Premiere besteht darin, dass dieser Doppelhaushalt der erste Haushalt ist, den ich selbst als Oberbürgermeisterin maßgeblich gestaltet habe. Der Haushalt 2011 und 2012 trägt Prioritäten aus meinem politischen Programm, wofür die Dresdnerinnen und Dresdner mich gewählt haben.

Ich muss zugeben, dass es nicht leicht fällt, einen Haushaltsplan aufzustellen, ausgerechnet mitten in einer Wirtschaftskrise.

Im Frühjahr haben wir Ihnen mit der Vorlage V0480 ausführlich die Rahmendaten erläutert. Nun, kaum ein halbes Jahr später, sieht es danach aus, als dass sich zumindest Deutschland schneller von der Krise erholen kann, als ursprünglich befürchtet. Es ist sogar fast eine kleine Euphorie, bezogen auf den deutschen Wirtschaftsaufschwung, zu spüren. Vor allem aus dem Ausland zollt man Deutschland und der deutschen Politik uneingeschränkten Respekt. Leider macht es einem die Aufgabe nicht leichter, wenn im Halbjahresrythmus die Ökonomen ihre Prognosen ändern. Erst sieht keiner die Krise voraus. Dann sieht keiner die Geschwindigkeit des Aufschwunges voraus und jetzt beginnen wir wieder, diesen Aufschwung als unsere Prognose für die Einnahmeentwicklung in die Zukunft fortzuschreiben. Man kann nur hoffen, dass die Verstetigung des Aufschwunges wirklich kommt.

In der Annahme dieser Trendverstetigung haben wir in der Planung für den neuen Doppelhaushalt unsere Steuereinnahmeerwartungen entsprechend nach oben gesetzt. Aktuell verzeichnen wir in Dresden wieder steigende Gewerbesteuererinnahmen, obwohl diese zum Teil auch aus Nachzahlungen der Vorjahre herrühren. Das Heraufsetzen der Gewerbesteuer für sich genommen ist daher zwar deutlich risikobehaftet, aber im Moment auch eher als Platzhalter für eine hoffentlich im November positiv ausfallende Gesamtsteuerschätzung zu bewerten und erscheint insofern gerechtfertigt.

Eine unserer Hauptsorgen im Haushalt kommt aus den zahlreichen Einnahmepositionen, die sich aus dem Haushalt des Freistaates Sachsen speisen. Wie prognostiziert, wird ab dem Jahr 2011 der Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen definitiv eintreten. In den Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich konnte für die kommunale Seite aber insofern ein Erfolg erzielt werden, als es gelungen ist, die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für unsere Ergebnishaushalte auf dem heute vorhandenen hohen Niveau zu stabilisieren, so dass den sächsischen Kommunen tief defizitäre Haushalte im Ergebnisbereich erspart bleiben. Diese Situation entspricht einer Überschusssituation im alten kommunalen Verwaltungshaushalt.

Die Kehrseite ist jedoch eine nahezu vollständige Reduzierung der investiven Schlüsselzuweisungen. Im laufenden Haushaltsjahr 2010 bekommt Dresden investive Schlüsselzuweisungen in einer Höhe von 57,5 Mio. EUR. Im nächsten Jahr werden es nur noch 6,3 Mio. EUR und im Jahr 2012 nur noch 3,8 Mio. EUR sein. Pro Jahr fehlen uns hier also schon allein 50 Mio. EUR, d. h. auf den Doppelhaushalt bezogen 100 Mio. EUR.

Wenn die jetzige Aussage des Freistaates sich tatsächlich nicht verändert, dann werden die Kommunen und die Landeshauptstadt Dresden von nun an bei der Schulsanierung auf sich gestellt sein mit der Folge, dass sie entweder vor dieser Aufgabe kapitulieren müssen oder aber eine fundamentale Neuausrichtung unserer kompletten Haushaltspolitik einleiten müssen.

Für den Moment reagieren wir mit unserem Haushaltsentwurf für die nächsten Jahre so, dass wir den städtischen Mitteleinsatz für den Schulausbau für die Jahre 2011 bis 2013 verdoppeln und das, obwohl wir mitten in einer Situation der Krisenbewältigung sind.

Wir haben zusammen in den Jahren 2011/2012/2013 rund 120 Mio. EUR, d. h. im Schnitt ca. 40 Mio. EUR, für den Schulhausbau vorgesehen. Im Einzelnen heißt dies z. B. Neubau des Marie-Curie-Gymnasiums. Dann wollen wir das Gymnasium Bürgerwiese neu bauen, und dies vollständig mit städtischem Geld in Höhe von 25,7 Mio. EURO. Die Sanierung des Hans-Erlwein-Gymnasiums wird mit 13,7 Mio. EUR nunmehr in Gänze vorgenommen, d. h., an dieser Stelle wird das Brandschutzprogramm zur Komplettanierung ausgeweitet und insofern die bisherigen Planungen wieder auf die Tagesordnung gehoben. Am Fritz-Löffler-Gymnasium werden 7,3 Mio. EUR investiert. Neue Sporthallen sollen für die Gymnasien in Klotzsche und Cotta und für das Dreikönigsgymnasium errichtet werden.

Darüber hinaus werden auch die Mittel im Ergebnishaushalt für das Schulverwaltungsamt sowohl für die allgemein laufenden Kosten aufgestockt wie auch insbesondere für die Bauunterhaltung.

Dass das Thema Bildung im Haushalt die höchste Priorität hat, können Sie auch daran erkennen, dass die Zuschüsse für den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen in 2011 gegenüber den Haushaltsansätzen des Jahres 2009 um 20 Mio. EUR auf 124 Mio. EUR erhöht werden. Ich bin sehr froh, dass wir es auch in der Krise packen, in Dresden exzellente Voraussetzungen für die frühkindliche Bildung weiter auszubauen bzw. neu zu schaffen. Für das Kita-Investitionsprogramm stehen im Doppelhaushalt weitere ca. 30 Mio. EUR städtische Mittel zur Verfügung, zu denen dann die Bundesmittel zum Ausbau der Krippenkapazitäten noch hinzukommen. Leider sieht es aber auch hier so aus, als ziehe sich der Freistaat Sachsen aus dem Investitionsprogramm vollständig zurück.

Nach wie vor problematisch sehe ich in diesem Zusammenhang, dass uns der Freistaat die Mittel des Bundes für die laufenden Betriebskosten im Krippenbereich vollständig vorenthält. Dies ist ein unfairer Umgang sowohl mit den eigenen Kommunen aber auch in Richtung Bund.

Ein weiterer Schwerpunkt ist mit diesem Haushalt im Bereich der Kultur gesetzt. Trotz der schwierigen Zeiten halten wir fest an der Zusage bezüglich der Investitionen für die Operette und das TJG.

Die Finanzmittel für eine vollständige Sanierung des TJG nebst Neubau von Puppen- und Probestübungsraum am bewährten Standort Cotta in Höhe von 18 Mio. EUR sind in diesem Haushaltsplan enthalten. Insofern ist das Projekt abgesichert.

Die Rücklagenmittel für den Neubau einer Operette sind und bleiben für diesen Zweck reserviert. Ich empfehle dem Stadtrat dringend, dem Standort Wiener Platz zuzustimmen, weil dieser Standort das vordringliche städtebauliche Problem lösen hilft und nicht zuletzt auch deshalb die kostengünstigere Variante darstellt, auch für die optimalen Arbeitsbedingungen und ebenso für die Zuschauer. Alles andere würde eine zusätzliche Belastung bzw. Einsparung an anderer Stelle bedeuten. Das kann nicht unser Ziel sein, deshalb bin ich froh, dass es mir u. a. gelungen ist, den Grundstein für eine Kulturstiftung legen zu können.

Darüber hinaus setzen wir unsere Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur fort. Die Albertbrücke ist mit 20 Mio. EUR im Haushalt verankert, genauso wie die Königsbrücker Straße mit 25 Mio. EUR. Die gestiegenen Kosten der Waldschlößchenbrücke waren, wie angekündigt, ebenfalls mit diesem Haushalt abzusichern.

Ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, neben diesen großen Einzelinvestitionen auch für den Radwege- und Gehwegebau die Mittel gegenüber unserer Mai-Vorlage wieder aufzustocken. Dies entspricht meinem persönlichen Wählerauftrag genauso wie Ihrer Beschlusslage vom Mai dieses Jahres. Gleiche Summe haben wir übrigens etabliert für die Spielplätze und Grünanlagen. Durch das Stabilhalten der Haushaltsansätze entsprechend der alten Finanzplanung können wir viele Spielplätze und Grünanlagen mit einer entsprechend großen Wirkung sanieren oder neu bauen.

Um auf das Straßen- und Tiefbauamt noch einmal zurückzukommen, sei darauf hingewiesen, dass insgesamt dort im Jahr 2011 immerhin 51,3 Mio. EUR und im Jahr 2012 43,3 Mio. EUR ausgegeben werden. Dass diese Plansumme größer ist, als im Schulhausbau, liegt einzig und allein daran, dass hier eine andere Förderkulisse existiert. Während im Straßen- und Tiefbauamt im Jahr 2011 31,9 Mio. EUR Fördermittel geplant werden können, sind dies im Schulverwaltungsamt lediglich 6,8 Mio. EUR.

Leider gehen auch die Fördermittel im Bereich der städtebaulichen Erneuerung zurück, diesmal jedoch aufgrund von Kürzungen des Bundes. Die Fördermittel, die es zu akquirieren gibt, werden wir selbstverständlich mit unseren kommunalen Mitteln ergänzen.

Einen weiteren Schwerpunkt des Haushaltes stellen die Investitionen in die Verbesserung der Sicherheit dar. Die Investitionsetats im Brand- und Katastrophenschutzamt bleiben mit 10,6 bzw. 8,3 Mio. EUR auf hohem Niveau. Die notwendigen Mittel für den Hochwasserschutz konnten wir ebenfalls einstellen. Das Gleiche gilt für die dringende Sanierung des Rathauses, die im Kern vor allem eine Brandschutzsanierung ist und mit 9 Mio. EUR etalziert worden ist.

Wie ist dieses hohe Investitionsniveau in Dresden eigentlich möglich? Auch auf die Gefahr hin, dass so mancher es nicht mehr hören möchte: Ohne den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit anschließender Entschuldung wäre die Lage auch bei uns dramatisch schlechter, und zwar ziemlich genau um 70 Mio. EUR. Hätten wir 70 Mio. EUR also weiter als unsere Schuldenlast, hätte dies eine entsprechend geringere Investitionstätigkeit zur Konsequenz. Um zu verdeutlichen, was das heißt, muss man sich klarmachen, dass diese 70 Mio. EUR rein rechnerisch die Addition dessen darstellen, was an städtischen Investitionsmitteln im Jahr 2011 für den Neubau bzw. die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen und Straßen und Brücken und im Hochwasserschutz zusammen ausgegeben wird. Wer angesichts dieser Dimensionen noch immer herumlamentierte, der Verkauf habe sich als falsch erwiesen, der ist in der Realität noch nicht angekommen. Ohne den Verkauf der Woba und zugegebenermaßen ohne den guten konjunkturellen und damit Einnahmenverlauf insbesondere des Jahres 2008 würden wir heute nicht über die Rücklagen verfügen, die wir jetzt heranziehen, um den vorliegenden Doppelhaushalt finanziell abzusichern.

Darüber hinaus haben wir uns mit der Vorlage V0480 vom Mai dieses Jahres erheblichen Spielraum verschafft, um Mittel frei zu lenken für die neue Investitionsplanung des Doppelhaushaltes 2011 und 2012.

Wie Sie wissen, hatten wir Investitionen gestreckt, in diesem Zusammenhang einen großen Teil von Haushaltsausgabenresten der Vorjahre gestrichen, 2010er Investitionen verschoben, und die Verwaltung hat mit den Bewirtschaftungsmaßnahmen bei den Personalkosten wie im Sachkostenbereich weitere Anstrengungen unternommen. Zu den bereits vorhandenen Rücklagenbeständen kommt durch dieses Paket eine Summe von ca. 65 Mio. EUR hinzu. Darüber hinaus haben wir zweckgebundene Rücklagenbestände noch einmal durchforstet, mit dem Ergebnis, dass weitere 10 Mio. EUR für allgemeine Investitionen freigegeben werden können. Zusammen mit den sich hoffentlich im Verlauf des Jahres 2010 weiterhin stabilisierenden Steuermehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ergibt sich so ein Gesamtfonds von Rückgriffmöglichkeiten in Höhe von 170 Mio. EUR. Hinzu kommen die Rücklagenbestände in Höhe von 46 Mio. EUR zu Gunsten der Kulturinvestitionen für die Operette und das TJG.

Ohne diese Rücklagenbestände sähe es jedoch düster aus mit der Fähigkeit der Stadt, eigene Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Fazit, die Rücklagenpolitik, die wir betrieben haben, versetzt uns also in die Lage, dieser Krise etwas entgegenzusetzen, d. h. auf hohem Investitionsniveau zu überstehen.

Wie aber ist nun mit dem Ausblick für die kommunalen Finanzen? Die Perspektive der nächsten Jahre wird wesentlich bestimmt sein von der Kraft und der Tragfähigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs auf der einen Seite und von der in die entgegengesetzte Richtung wirkenden Faktoren der Degression des Solidarpaktes, weitere Bevölkerungsverluste im Freistaat sowie das Auslaufen der EU-Strukturförderung auf der anderen Seite.

Wie Sie wissen, versucht der Freistaat, vor allem konjunkturbedingte Einnahmeausfälle in einer Größenordnung von 1,3 Milliarden EUR zu kompensieren. Wenn man sich noch vergegenwärtigt, dass der Rückgang der Off-Transfers und der Rückgang der Bevölkerungszahlen bis zum Jahr 2020 bzw. 2025 zu einem strukturellen Einnahmeverlust von über 3 Milliarden EUR beim Freistaat führt, kann man sich heute schon ausmalen, dass der Freistaat sich mit seinen aktuellen Mittelkürzungen möglicherweise noch nicht einmal auf der Hälfte der Strecke wähen darf, die es in den nächsten Jahren noch zurückzulegen gilt. Man darf sich also nichts vormachen:

Die Einnahmenperspektiven werden sich trotz eines hoffentlich kräftigen Wirtschaftsaufschwunges für die Kommunen strukturell im nächsten Jahrzehnt nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Die Handlungsfähigkeit vieler Städte erodiert zusehends, weil die kommunalen Sozialausgaben ungebremst weiter steigen und die Einnahmen sich nur nach und nach erholen werden. Eins ist klar, Korrekturen auf der Einnahmenseite laufen ins Leere, wenn man die Ausgabenseite außer Acht lässt.

Daher scheint es dringend geboten, dass auch wir alle Anstrengungen unternehmen, um unser Ausgabeverhalten möglichst effizient zu gestalten. Aus diesem Grund kündige ich jetzt schon an, dass wir unsere Personalkosten in den nächsten Jahren konstant halten müssen, d. h., weitere Tarifierhöhungen müssen durch unterschiedliche Maßnahmen abgefangen werden. Wir müssen Bürokratie abbauen, sympathischer machen, Arbeitsprozesse optimieren und nach Kooperationen mit anderen Kommunen suchen.

Wir müssen die Effizienzgewinne der Verwaltung ummünzen in eine höhere Produktivität der Beschäftigten. Wir werden hierzu in Kürze mit externer Hilfe so genannte Best-Practice-Beispiele heranziehen, um unsere Ämter am besten Vorbild deutscher Ämter weiter zu qualifizieren und auszurichten. Hierzu wird es vieler Einzelmaßnahmen bedürfen. Um ein Beispiel zu nennen, müssen wir die Einführung der Doppik nicht nur als einfaches Umstellungsthema im Rechnungswesen begreifen, sondern auch als Möglichkeit zur Rationalisierung. Hier werden auch wir neue Wege beschreiten.

Über diverse effizienzsteigernde Strukturveränderungen wird ja bereits ohnehin diskutiert. So wollen wir die Bewirtschaftung der Bäder an die TWD bzw. DREWAG geben, um Synergien zu realisieren. Darüber hinaus müssen wir in unserem städtischen Beteiligungsportfolio weitere Spezialisierungsgewinne ins Auge fassen. Rund um das Thema Immobilien- und Facility-Management haben wir derzeit mehrere Gesellschaften. Auch hier gilt es, Effizienzgewinne zu heben.

Aber auch andere Dienstleistungen, die wir derzeit als Stadt erbringen, gehören auf den Prüfstand. Wenn sie am Markt preiswerter einzukaufen sind, so ist es ein Gebot der Wirtschaftlichkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen. Dies gilt z. B. für die gewerblichen Bereiche der Zentralen Technischen Dienstleistungen, also für die Hausmeisterdienstleistungen, die Grünflächenpflege und die Straßenunterhaltung.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es im Grunde genommen in keinem Bereich einen immer währenden Status Quo der vorhandenen Strukturen und der vorhandenen Ressourcen geben kann. Genauso wie sich die Märkte und Technologien permanent wandeln und sich die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen der Privatwirtschaft ständig erhöht, genauso sind wir aufgefordert, unsere Strukturen und unsere Arbeiten ständig zu überprüfen, um besser zu werden. Wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten Jahren erhebliche Effizienzgewinne in unserer Verwaltung und unseren städtischen Beteiligungen zu erzielen, werden wir unser Investitionsprogramm nicht zuletzt im Bildungsbereich, aber auch bei der gesamten kommunalen Infrastruktur nicht in dem Maße umsetzen können, wie wir es vor der uns nachfolgenden Generation verantworten müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns konstruktive Beratungen zum Doppelhaushalt 2011 und 2012.“

Herr Stadtrat Kießling stellt die Frage, wann den Stadträtinnen und Stadträten der Haushalt ausgereicht werde.

Herr Stadtrat Matthis finde es eine Unverfrorenheit, wenn durch die Oberbürgermeisterin eine hochideologische Kampfreda gehalten werde, aber laut TO die Einbringung des Haushaltes einfach nicht vorgenommen werde. Keinem einzigen Stadtrat liege bis jetzt der Haushalt vor.

Die Oberbürgermeisterin verweist darauf, dass keine Diskussion zum Haushalt, sondern nur die Einbringung auf der TO stehe. Der Haushalt werde sofort ausgeteilt.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Stadträtin Friedel beantragt eine Unterbrechung der Sitzung von fünf Minuten, bis der Haushalt an alle Stadträtinnen und Stadträte verteilt sei.

Gegenrede

Frau Stadträtin Jähnigen sei es gewohnt, dass die Einbringung des Haushaltes in der Regel vorher mit der Übergabe des Haushaltes an den Stadtrat verbunden war, um sich im partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat äußern zu können. Sie bittet die Oberbürgermeisterin, in Zukunft diesen Weg einzuhalten. Es sei unangenehm, von der Presse Anfragen zum Haushalt zu bekommen, ohne auch nur im geringsten Maße über Informationen zu verfügen. Es sei ihrer Meinung nach landesweit üblich, dass der Rat bei der Einbringung des Haushaltes diesen auch in der Hand habe, um auf einer Ebene miteinander sprechen zu können.

Die Oberbürgermeisterin stellt noch einmal klar, dass eine Debatte und das Stellen von Fragen bei der Einbringung des Haushaltes nicht vorgesehen und bisher auch nicht üblich gewesen seien.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn verdeutlicht, dass laut TO heute nur die Einbringung des Haushaltes vorgesehen sei. Er bittet, die Diskussionen zu beenden und keine Wortmeldungen mehr zuzulassen.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Frau Stadträtin Friedel auf eine fünfminütige Unterbrechung der Sitzung mit 30 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Matthis, Fraktion DIE LINKE.:

„Ich stelle fest, dass der TOP „Einbringung des Haushaltes“ beendet wurde, ohne dass einem Stadtrat der Haushalt vorlag.“

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Genschmar, FDP-Fraktion:

„Ich wollte mich bei Ihnen bedanken, dass so, wie es auch alle Geschäftsführer wussten, die Haushalte jetzt in der Pause ausgeteilt wurden. Ich hoffe, dass vor allem die Linken jetzt ihre Tränen getrocknet haben und ihren Puls runterfahren konnten.“

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Dr. Böhme-Korn, CDU-Fraktion:

„Die Frau Oberbürgermeisterin wollte ausdrücklich hier in diesem Saal den Haushalt verteilen, da gab es eine Vorbesprechung mit allen Geschäftsführern, einschließlich dem Geschäftsführer der Linken, dort ist einstimmig beschlossen worden, diesen logistischen Unsinn nicht zu machen, sondern die Haushaltspläne in den Fraktionen zu verteilen. Klare Sache.“

Persönliche Erklärung von Frau Stadträtin Jähnigen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Erstens ich möchte feststellen, die Geschäftsführer können nicht beschließen, was die Oberbürgermeisterin macht. Zweitens unsere Geschäftsführung, also die Grünen, haben mehrfach vorher um den Haushalt gebeten und haben ganz dringend gebeten, dass der Stadtrat, wenn der Haushalt hier eingebracht wird, den Haushalt schon länger in der Hand hat, um darüber reden zu können.“

Wir werden jetzt zu einem Punkte kommen, wo ich gerne mich vorher gerne sachkundig gemacht hätte, was die Debatte erleichtert hätte. Entschieden hat es die Oberbürgermeisterin. Richtig ist, dass nicht empfohlen wurde, die Haushalte hier oben auszuteilen, richtig ist aber auch, dass wir weiterhin davon ausgehen, dass der Stadtrat den Haushalt vor der Presse haben sollte, natürlich erst recht in der Stadtratssitzung, in der die Oberbürgermeisterin ihn einbringt.“

Die Oberbürgermeisterin rehabilitiert ihre Mitarbeiterinnen, denen vorgeworfen worden sei, dass sie nicht exakt agiert hätten. Der Vorwurf von Herrn Stadtrat Matthis war, dass die Unterlagen hier oben zu liegen hätten. Nach Rücksprache stelle sie klar, dass es Wunsch der Geschäftsführer gewesen sei, die Unterlagen in den Fraktionsräumen und nach der Pause auszureichen. Sie gebe zu Protokoll, dass die Mitarbeiterinnen richtig gehandelt hätten, und zwar im Einvernehmen mit den Geschäftsführern.

Persönliche Erklärung Herr Stadtrat Dr. Lames, SPD-Fraktion:

„Ich habe mich kundig gemacht bei unserem Geschäftsführer, der mir Folgendes versichert hat, in der Tat, es hat die Vereinbarung gegeben, dass die Haushalte in die Fraktionen gebracht werden. Was unsere Fraktion nicht erreicht hat, und da vertraue ich Herrn Bergmann in vollem Umfang, das ist die Information, dass das in der Pause geschehen soll. Das muss man hier klar und deutlich sagen, das kann auch nicht in einen Topf geworfen werden. Soweit es aus unserer Fraktion kritische Äußerungen gegeben hat, bezog es sich darauf, dass uns die Daten und Zahlen nicht zugänglich sind in dem Moment, als diese Einbringungsrede gehalten wurde. Nur eine Bemerkung noch abschließend, solche Diskussionen, wie wir sie jetzt führen, die haben auch ihre Folge darin, dass man es gegenüber dem Stadtrat so lange wie möglich spannend halten will. Eine zeitgleiche Information mit der Presse z. B. heute Morgen um 10:00 Uhr wäre vielleicht auch eine sinnvolle Lösung gewesen.“

Persönliche Erklärung Herr Stadtrat Bergmann, SPD-Fraktion:

„Ich will noch eine Ergänzung vornehmen. In der Fraktionsgeschäftsführerrunde war auch eindeutig die Meinung, dass sich alle eigentlich eine frühzeitige Zurverfügungstellung des Haushaltes gewünscht hätten, und zwar auch von der Seite, die jetzt anders spricht.“

Persönliche Erklärung Herr Stadtrat Schollbach, Fraktion DIE LINKE.:

„Ich möchte etwas ganz klar zurückweisen. Aus dem Stadtrat heraus wurden keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter der Stadtverwaltung in irgendeiner Weise angegriffen. Es gibt eine Person, die trägt die Verantwortung, das sind Sie als Oberbürgermeisterin. Sie haben entschieden, wann den Stadträtinnen und Stadträten der Haushalt übergeben wird. Ich finde der Respekt dem Stadtrat gegenüber gebietet es, dass der Stadtrat als erstes den Haushalt übergeben bekommt, und dass eben nicht eine Pressekonferenz stattfindet, dass eben nicht irgend eine Rede gehalten wird, um den Haushalt vorzustellen und die Stadträte dasitzen und keine Kenntnis haben von dem, was denn nun überhaupt im Haushalt steht. Ich erwarte, dass das in Zukunft anders gemacht wird, dass die Stadträte rechtzeitig alle Unterlagen bekommen, damit wir dann anschließend auf Augenhöhe miteinander über die Haushaltsplanungen debattieren können.“

Die Oberbürgermeisterin stellt richtig, dass von der Verwaltung (von mir abgesehen) ausgemacht gewesen sei, dass die Unterlagen in Abstimmung mit den Geschäftsführern ausgereicht werden. Die Geschäftsführer wollten nicht, entgegen meiner Veranlassung, dass die Unterlagen hier liegen, sondern sie sollten in der Pause bzw. nach der Pause in die Fraktionen. Daran habe sich Frau Weichelt gehalten. Abstimmungen mit den Geschäftsführern seien ein normaler und oft praktizierter Modus. Das Problem wäre, dass nun verlangt worden sei, dass die Unterlagen zu dem Zeitpunkt des Beginns der Debatte auf den Tischen zu liegen hätten. Fairness auf beiden Seiten würde einer weiteren Debatte guttun.

5 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder

A0229/10
beschließend

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 5 und TOP 6**, TOP 10 und TOP 11 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- Wahlvorgang

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,04) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,58) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,45) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,52) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,26) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Betriebsausschusses für Sportstätten und Bäder.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
-----------------	------------------------------	------------------------------

CDU-Fraktion

Dietmar Haßler	Peter Krüger	Ingo Flemming
Lars-Detlef Kluger	Jan Donhauser	Joachim Stübner
Anke Wagner	Silke Schöps	Lars Röher

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch	Tilo Wirtz	Annekatriin Klepsch
Tilo Kießling	Hans-Jürgen Muskulus	Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte	Gerit Thomas	Christiane Filius-Jehne
---------------	--------------	-------------------------

SPD-Fraktion

Thomas Blümel	Richard Kaniewski	Axel Bergmann
---------------	-------------------	---------------

FDP-Fraktion

Barbara Lässig	Jens Genschmar	Matteo Böhme
----------------	----------------	--------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth	Christoph Hille	Franz-Josef Fischer
------------	-----------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

6 Umbesetzung im Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder **A0242/10**
beschließend

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu **TOP 5 und TOP 6**, TOP 10 und TOP 11 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,04) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,58) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,45) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,05) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,52) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,26) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt analog § 42 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. §§ 10 Abs. 2 und 22 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden die Besetzung des Betriebsausschusses für Sportstätten und Bäder.

Mitglied	1. Stellvertreter/-in	2. Stellvertreter/-in
-----------------	------------------------------	------------------------------

CDU-Fraktion

Dietmar Haßler	Peter Krüger	Ingo Flemming
Lars-Detlef Kluger	Jan Donhauser	Joachim Stübner
Anke Wagner	Silke Schöps	Lars Röher

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch	Tilo Wirtz	Annekatriin Klepsch
Tilo Kießling	Hans-Jürgen Muskulus	Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Thomas Trepte	Gerit Thomas	Christiane Filius-Jehne
---------------	--------------	-------------------------

SPD-Fraktion

Thomas Blümel	Richard Kaniewski	Axel Bergmann
---------------	-------------------	---------------

FDP-Fraktion

Barbara Lässig	Jens Genschmar	Matteo Böhme
----------------	----------------	--------------

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth	Christoph Hille	Franz-Josef Fischer
------------	-----------------	---------------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 7 | Umbesetzung im Regionalen Planungsverband "Oberes Elbtal/Osterzgebirge" | A0264/10
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Regionalen Planungsverband „Oberes Elbtal/Osterzgebirge“ entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion:

Joachim Stübner, bisher Stellvertreter, wird Mitglied. Stellvertreter wird Gunter Thiele.

Patrick Schreiber scheidet aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 8 | Umbesetzung in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V. | A0271/10
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V. entsprechend dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.:

Tilo Kießling, bisher Stellvertreter, wird Mitglied. Stellvertreterin wird Annekatriin Klepsch.

Dr. Klaus Sühl scheidet aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 9 | Umbesetzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen | A0263/10
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion:

Gunter Thiele wird Stellvertreter für das Mitglied Elke Fischer.

Patrick Schreiber scheidet aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

10 Umbesetzung im Beirat ARGE

**A0270/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 5 und TOP 6, **TOP 10** und TOP 11 und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 1 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	23 Stimmen (3,38) = 3 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (1,76) = 2 Sitze
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11 Stimmen (1,61) = 2 Sitze
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 5	FDP-Fraktion	8 Stimmen (1,17) = 1 Sitz
Liste 6	BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion	4 Stimmen (0,58) = 1 Sitz
Liste 7	fraktionslos	2 Stimmen (0,29) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt die zehn Beiratsmitglieder der ARGE Dresden.

CDU-Fraktion

Elke Fischer
Silke Schöps
Angelika Zerbst

Fraktion DIE LINKE.

Katrin Mehlhorn
Hans-Jürgen Muskulus

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Michael Schmelich
Dr. Peter Müller

SPD-Fraktion

Dr. Peter Lames

FDP-Fraktion

Barbara Lässig

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Abstimmungsergebnis:

gewählt

11 Umbesetzung im Beirat Gesunde Städte

**A0259/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin stellt fest, dass mehr Kandidaten vorgeschlagen worden seien als Sitze zu besetzen sind. Damit findet Listenwahl statt.

Die Oberbürgermeisterin eröffnet den Wahlvorgang zu TOP 5 und TOP 6, TOP 10 und **TOP 11** und ruft jedes Mitglied des Stadtrates namentlich auf mit der Bitte, die Wahlkabinen zu benutzen. Die Wahlzettel sind farblich unterschiedlich. Das erste Mitglied des Stadtrates an einer der Wahlurnen überzeugt sich davon, dass die Wahlurne leer ist.

- **Wahlvorgang**

Die Oberbürgermeisterin schließt den Wahlvorgang.

Anzahl der anwesenden Stimmberechtigten:	69
Anzahl der abgegebenen Stimmen:	69, davon 4 ungültige Stimme

Ergebnis der Listenwahl:

Liste 1	CDU-Fraktion	29 Stimmen (2,23) = 2 Sitze
Liste 2	Fraktion DIE LINKE.	12 Stimmen (0,92) = 1 Sitz
Liste 3	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	14 Stimmen (1,07) = 1 Sitz
Liste 4	SPD-Fraktion	8 Stimmen (0,49) = 1 Sitz
Liste 5	fraktionslos	2 Stimmen (0,15) = kein Sitz

Der Stadtrat wählt fünf von den Fraktionen benannte Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

	Mitglied	Stellvertreter/-in
CDU-Fraktion	Dr. Rotraut Sawatzki Dr. Gudrun Böhm	Silke Schöps Horst Uhlig
Fraktion DIE LINKE.	Prof. Dr. Dieter Scheuch	Hans-Jürgen Muskulus
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Dr. Susanne Lerm	Ulrike Hinz

SPD-Fraktion	Peter Bartels	Albrecht Pallas
---------------------	---------------	-----------------

Abstimmungsergebnis:

gewählt

12 Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta**A0267/10
beschließend**

Die Oberbürgermeisterin schlägt die Einigung auf offene Abstimmung vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Der Stadtrat einigt sich auf die Umbesetzung im Ortsbeirat Cotta entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion:

Maik Peschel, bisher Stellvertreter, wird Mitglied.

Dr. Sönke Wieling scheidet aus.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

13 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Abstimmung der TOP 20, 21, 25, 26 und 32.

14 Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger (Entschädigungssatzung)**V0635/10
beschließend**

Vertagung

15 Namensgebung der Schule für geistig Behinderte, Schweizer Straße 7 in 01069 Dresden**V0607/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Frau Stadträtin Zimmermann macht im Zusammenhang mit der Vorlage ausführlich auf die Problematik der Stigmatisierung und Separierung von Menschen mit Lernschwierigkeiten aufmerksam.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit 63 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

Die Schule für geistig Behinderte erhält den Eigennamen „Robinsonschule“ und wird ab dem Datum der Beschlussfassung unter dem Namen Schule für geistig Behinderte „Robinsonschule“ geführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 16 | Nachtrag zum Gestattungsvertrag Fernwärme vom 28. April 1998/22. Mai 1998 zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH | V0706/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Schollbach erläutert den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Grundsätzlich bestehe Konsens zur Erhebung eines Gestattungsentgeltes. Er befürchte aber künftige Gebührenerhöhungen. Dies solle mit der Ergänzung vermieden werden.

Herr Stadtrat Dr. Reuther erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage. Seine Fraktion teile die Sorgen der Fraktion DIE LINKE. nicht und halte den Ergänzungsantrag für überflüssig. Für die Überwachung der Geschäftsführung verweise er auf die Verantwortung des Aufsichtsrates. Er spreche sich dagegen aus, mit politischen Beschlüssen in die Geschäftspolitik der Unternehmen einzugreifen.

Herr Stadtrat Schollbach weist den Vorwurf zurück, in die Geschäftspolitik des Unternehmens einzugreifen. Er sehe den Ergänzungsantrag als Auftrag an die Oberbürgermeisterin und gleichzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrates. Er erhoffe sich damit einen Sperrriegel einzuziehen. Er plädiere für die Zustimmung zum Ergänzungsantrag. Ansonsten würde man sich gezielt die Hintertür offenhalten, letztlich 1,8 Mio. EUR den Bürgern zusätzlich aufzubürden.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. mit 31 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 56 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des 3. Nachtrages zum Gestattungsvertrag Fernwärme vom 28. April 1998/22. Mai 1998 zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der DREWAG-Stadtwerke Dresden GmbH gemäß Anlage zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 56 Nein 0 Enthaltung 10

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 17 | Änderung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzung der EnergieVerbund Dresden GmbH, der Dresdner Verkehrsbetriebe AG und der DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH | V0707/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Vertagung

- | | | |
|-----------|---|----------------------------------|
| 18 | Wahl des Aufsichtsrates der Dresdner Verkehrsbetriebe AG | V0710/10
beschließend |
|-----------|---|----------------------------------|

Vertagung

19 Auflösung und Liquidation der Schacholympiade 2008 - Chess Foundation GmbH

**V0409/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldung:

Frau Stadträtin Lässig kritisiert, dass bereits im August dem Betriebsausschuss für Sportstätten und Bäder weder der Jahresabschluss 2008 noch der von 2009 vorgelegen habe. Der Jahresabschluss 2008 liege ihr inzwischen vor, der Jahresabschluss von 2009 sei den Mitgliedern des Ausschusses erst gestern übergeben worden. Diese Verfahrensweise bewerte sie sehr kritisch.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Schacholympiade 2008 - Chess Foundation GmbH wird aufgelöst und liquidiert.
2. Der Geschäftsführer Jörn-Torsten Verleger wird als Liquidator bestellt.
3. Die Akten der GmbH sind im Stadtarchiv zu archivieren.
4. Der fehlende Jahresabschluss 2009 ist den Mitgliedern des Betriebsausschusses für Sportstätten und Bäder umgehend zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

20 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Sportstätten- und Bäderbetrieb Dresden

**V0640/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Der Stadtrat beschließt:

- A. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Sportstätten- und Bäderbetrieb Dresden mit

einer Bilanzsumme von EUR 113.350.031,73

davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	EUR	97.092.914,19
- das Umlaufvermögen	EUR	16.222.351,39
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	34.766,15

davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital	EUR	47.962.333,71
- Sonderposten	EUR	53.574.919,98
- die empfangenen Ertragszuschüsse	EUR	0,00
- die Rückstellungen	EUR	2.088.059,31

- die Verbindlichkeiten	EUR	9.687.905,20
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	36.813,53
einem Jahresverlust von	EUR	1.496.483,70
einer Ertragssumme von	EUR	38.539.636,46
einer Aufwandssumme von	EUR	40.036,120,16

wird festgestellt.

B. Folgende Ergebnisverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von wird auf neue Rechnung vorgetragen.	EUR	1.496.483,70
---	-----	--------------

Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird nicht geleistet.

Der Verlustvortrag aus dem Jahr 2006 in Höhe von wird durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.	EUR	1.910.690,25
---	-----	--------------

C. Dem kommissarischen Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 70 Nein 0 Enthaltung 0

21 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen Dresden **V0643/10**
beschließend

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen mit

einer Bilanzsumme von	182.329.677,19 EUR
davon entfallen auf der Aktivseite auf	
das Anlagevermögen	160.758.566,16 EUR
das Umlaufvermögen	21.570.259,03 EUR
die Rechnungsabgrenzungsposten	852,00 EUR
davon entfallen auf der Passivseite auf	
das Eigenkapital	76.401.993,40 EUR
den Sonderposten	86.347.142,89 EUR
die Rückstellungen	10.761.500,00 EUR
die Verbindlichkeiten	8.322.217,21 EUR
die Rechnungsabgrenzungsposten	496.823,69 EUR
einem Jahresverlust von	2.832.375,08 EUR
einer Ertragssumme von	188.999.679,04 EUR
einer Aufwandssumme von	191.832.054,12 EUR

wird festgestellt.

2. Folgende Ergebnisverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von 2.832.375,08 EUR
wird auf neue Rechnung vorgetragen

3. Der Allgemeinen Rücklage wird im Jahr 2010 zum Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren ein Betrag in Höhe von 4.323.926,97 EUR entnommen.

4. Der Betriebsleiterin wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

22 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt

**V0665/10
beschließend**

TOP 22 und 23 werden zusammen behandelt.

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Frau Stadträtin Jähnigen verweist auf die erstmals schlechten Ergebnisse, die nachdenklich machen. Zur Auswertung empfehle sie die Lektüre des Lageberichtes des Krankenhauses Neustadt (Bilanz Anlage 7.1.1). Die Prüfberichte zu beiden Häusern würden Defizite aufzeigen. Das vom Stadtrat im Mai 2008 geforderte Entwicklungskonzept für die Krankenhäuser fehle bis heute. Die Handlungspotenziale würden nicht ausgeschöpft. Sie verweist auf unterschiedliche Herangehensweisen der Krankenhäuser. Davon ausgehend sei unverständlich, warum nicht beide die gleichen Ressourcen ausschöpfen würden.

Unverständnis äußere sie zur Feststellung des Krankenhauses Friedrichstadt, kein MVZ gründen zu können (Lagebericht Friedrichstadt Anlage 7.1 S. 10). Sie verweise dazu auf die ausführliche Diskussion im Fachausschuss zur Frage MVZ.

Sie erläutert und begründet den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.09.2010. Im Prüfbericht würde von noch ausstehenden Konsolidierungsbeiträgen ausgegangen. Mit dem Beschluss von 2008 (A0566-SR65-08) sei ihre Fraktion davon ausgegangen, dass sich die Konsolidierungsbeiträge erledigt hätten. Im Haushalt 2009/2010 seien auch keine derartigen Beiträge mehr erhoben worden.

Der Ergänzungsantrag solle Klarheit schaffen und das Thema angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Situation beenden, denn man wolle keine zusätzlichen Risiken eingehen. Außerdem würden die Rücklagen der Krankenhäuser für die notwendigen Investitionen nicht reichen.

Herr Stadtrat Hille geht davon aus, dass die Klärung eigentlich innerhalb der Verwaltung mit dem Rechnungsprüfungsamt erfolgen müsse. Es sei nicht klar, auf welcher Grundlage die Beanstandungen des RPA erfolgt seien.

Herr Stadtrat Dr. Lames hält den Ergänzungsantrag für schadlos. Er geht ausführlich auf die Thematik Krankenhäuser und ihre Entwicklung auf der Grundlage der Beschlüsse des Stadtrates ein. Kritisch sehe er die bisher fehlende Konzeption seitens der Verwaltung. Er begrüße die Einrichtung der Lenkungsgruppe, um über die Zukunft der Krankenhäuser ergebnisoffen zu reden. Er erneuere das Angebot der SPD-Fraktion, dort konstruktiv mitzuarbeiten.

Die SPD-Fraktion trete klar dafür ein, die Krankenhäuser in kommunaler Hand zu behalten. Seine Fraktion stehe dafür, dass für die Beschäftigten faire Tariflöhne gezahlt werden und dass eine Lösung für dieses Problem nur zusammen mit den Beschäftigten gefunden werden könne. Er stelle klar, dass die SPD-Fraktion keine Gewinne für die städtischen Kassen erwarte, sondern optimale medizinische Bedingungen und vorbildliche Beschäftigungsverhältnisse. Er appelliere an die Oberbürgermeisterin, in der Lenkungsgruppe ergebnisoffen zu agieren und nicht von vornherein eine GmbH-Bildung zu präferieren.

Herr Stadtrat Matthias stelle klar, dass das erstmalig aufgetretene Defizit der Krankenhäuser bei ca. 1,5 % des Gesamtumsatzvolumens liege und in Relation zur Bedeutung der Krankenhäuser vergleichsweise gering sei. Das Problem trete bei allen kommunalen Krankenhäusern auf, unabhängig von der Rechtsform. Die beiden Dresdner Krankenhäuser wären nach wie vor die beiden lukrativsten Krankenhäuser in Sachsen.

Er weise die Behauptung zurück, dass die Schwierigkeiten der Krankenhäuser im Management dieser Häuser selbst lägen. Er verweise auf die Unterlagen und die Aussage, wonach das größte Risiko für die beiden Krankenhäuser die bundesdeutsche Gesundheitspolitik sei. Die Entwicklung der letzten Jahre wäre mit realem Abbau an medizinischen Standards bezahlt worden.

Herr Stadtrat Hille stellt klar, dass es um den Jahresabschluss der Krankenhäuser ginge. Er halte es nicht mehr für tragbar, wie einige sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, zu einem Thema zu sprechen, welches nicht Gegenstand der Tagesordnung sei. Er bitte dringend die Oberbürgermeisterin, künftig dafür zu sorgen, dass zum Thema gesprochen werde.

Frau Stadträtin Jähnigen verweist generell auf die Erfolgsgeschichte der Eigenbetriebe Krankenhäuser. Sie geht ausführlich auf die Frage ein, ob das Konsolidierungskonzept noch gelte oder nicht angesichts der Beschlussempfehlungen und der Jahresfehlbeträge. Sie empfehle dringend die Zustimmung zu ihrem Ergänzungsantrag, damit die Krankenhäuser wie andere Eigenbetriebe behandelt werden (Beispiel Friedhofswesen).

Herr Stadtrat Matthias widerspricht Herrn Stadtrat Hille und stellt klar, dass er sich nur zum Jahresbericht der Krankenhäuser geäußert hätte.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn verweist auf die ausstehende Debatte zum Haushalt, wo das Thema Konsolidierung hingehöre. Deshalb gebe es auch seitens der CDU-Fraktion keine Zustimmung zum Ergänzungsantrag.

Herr Stadtrat Dr. Lames verweist auf die Formulierung im Beschlussvorschlag, wonach ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung nicht geleistet werde. Er sei auch der Meinung, dass der Konsolidierungsbeitrag bereits gestrichen sei.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.09.2010 mit 35 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem so ergänzten Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

- A. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Krankenhaus Dresden-Neustadt mit

einer Bilanzsumme von	EUR	97.226.375,47
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	EUR	61.294.277,96
- das Umlaufvermögen	EUR	20.538.021,89
- die Ausgleichsposten nach dem KHG	EUR	15.363.333,40
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	30.742,22
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	EUR	35.741.830,66
- die Sonderposten	EUR	44.230.619,60
- die Rückstellungen	EUR	4.192.164,00
- die Verbindlichkeiten	EUR	13.061.446,54
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	314,67
einem Jahresverlust von	EUR	1.459.808,74
einer Ertragssumme von	EUR	92.323.416,54
einer Aufwandssumme von	EUR	93.783.225,28

wird festgestellt.

- B. Folgende Ergebnisverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von	EUR	1.459.808,74
wird auf neue Rechnung vorgetragen.		

Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird nicht geleistet.

- C. Der Krankenhausleitung wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Die Beschlüsse des Stadtrates zur Zahlung von Konsolidierungsbeiträgen der Krankenhäuser werden aufgehoben und ggf. ausstehende Konsolidierungsbeiträge nicht mehr eingefordert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

**23 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Krankenhaus
Dresden-Friedrichstadt**

**V0687/10
beschließend**

TOP 22 und 23 werden zusammen behandelt.

Diskussion siehe unter TOP 22.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.09.2010 mit 35 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Der Stadtrat stimmt dem so ergänzten Bericht des Betriebsausschusses für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

- A. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt mit

einer Bilanzsumme von	194.924.426,08 EUR
davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	133.000.454,04 EUR
- das Umlaufvermögen	55.569.225,19 EUR
- die Ausgleichsposten nach dem KHG	6.300.381,99 EUR
- die Rechnungsabgrenzungsposten	54.364,86 EUR

davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	21.443.406,43 EUR
- die Sonderposten	119.500.438,23 EUR
- die Rückstellungen	4.060.917,00 EUR
- die Verbindlichkeiten	49.919.664,42 EUR
- die Rechnungsabgrenzungsposten	0,00 EUR

einem Jahresverlust von	2.478.911,35 EUR
einer Ertragssumme von	188.833.556,31 EUR
einer Aufwandssumme von	191.312.467,66 EUR

wird festgestellt.

- B. Folgende Ergebnisverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von	2.478.911,35 EUR
wird auf neue Rechnung vorgetragen.	

Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird nicht geleistet.

- C. Der Krankenhausleitung wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Die Beschlüsse des Stadtrates zur Zahlung von Konsolidierungsbeiträgen der Krankenhäuser werden aufgehoben und ggf. ausstehende Konsolidierungsbeiträge nicht mehr eingefordert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

**24 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung
der Landeshauptstadt Dresden**

**V0641/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften mit 69 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Dresden mit

einer Bilanzsumme von 109.820.833,12 EUR

davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen 77.195.793,04 EUR
- das Umlaufvermögen 32.625.040,08 EUR

davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital 50.225.950,41 EUR
- die Rückstellungen 8.097.569,80 EUR
- die Verbindlichkeiten 51.497.312,91 EUR

einem Jahresverlust von 441.382,00 EUR
einer Ertragssumme von 76.322.396,00 EUR
einer Aufwandssumme von 76.763.778,00 EUR

wird festgestellt.

2. Folgende Gewinnverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von 441.382,00 EUR
wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Aus dem Gewinnvortrag der Vorjahre wird ein Betrag in Höhe von 1.384.802,20 EUR
(Anteil Eigenkapitalverzinsung)

an den Haushalt der Landeshauptstadt Dresden abgeführt.

3. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

**25 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes IT-Dienstleistungen
Dresden**

**V0673/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes IT-Dienstleistungen mit

einer Bilanzsumme von	EUR	5.530.665,41
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	EUR	3.392.114,56
- das Umlaufvermögen	EUR	2.079.319,44
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	59.231,41

davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	EUR	1.498.864,05
- den Sonderposten für Investitionszuschüsse	EUR	1.701.965,00
- die Rückstellungen	EUR	560.746,74
- die Verbindlichkeiten	EUR	1.769.089,62
- die Rechnungsabgrenzungsposten	EUR	0,00
einem Jahresgewinn von	EUR	3.484,96
einer Ertragssumme von	EUR	10.664.089,68
einer Aufwandssumme von	EUR	10.660.604,72

wird festgestellt.

2. Der Jahresgewinn von EUR 3.484,96
wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

26 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Friedhofs- und Bestattungswesen Dresden

**V0688/10
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungs- und Diskussionsbedarf.

Der Stadtrat beschließt:

A. Der Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Städtisches Friedhofs- und Bestattungswesen Dresden mit

einer Bilanzsumme von	EUR	19.191.086,93
davon entfallen auf der Aktivseite auf		
- das Anlagevermögen	EUR	13.494.128,04
- das Umlaufvermögen	EUR	5.690.455,54
- Rechnungsabgrenzungen	EUR	6.503,35
davon entfallen auf der Passivseite auf		
- das Eigenkapital	EUR	10.700.715,72
- den Sonderposten	EUR	147.678,04
- die Rückstellungen	EUR	543.904,17
- die Verbindlichkeiten	EUR	485.227,08
- Rechnungsabgrenzungen	EUR	7.313.561,92
einem Jahresverlust von	EUR	128.375,22
einer Ertragssumme von	EUR	4.926.318,11
einer Aufwandssumme von	EUR	5.054.693,33

wird festgestellt.

B. Folgende Gewinnverwendung wird beschlossen:

Der Jahresverlust 2009 in Höhe von wird auf neue Rechnung vorgetragen.	EUR	128.375,22
---	-----	------------

Der vorgetragene Jahresverlust 2006 in Höhe von wird der allgemeinen Kapitalrücklage entnommen.	EUR	20.360,16
--	-----	-----------

Im Geschäftsjahr 2009 erwirtschaftete der Eigenbetrieb keine Eigenkapitalverzinsung. Die Stadt verzichtet auf die gemäß Haushaltsplan 2009 eingestellte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 200,0 TEUR des Städtischen Friedhofs- und Bestattungswesen Dresden.

C. Dem Betriebsleiter wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 69 Nein 0 Enthaltung 0

27	Anmietung und Betreibung einer neu zu errichtenden Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Hauptstraße 4 in 01328 Dresden-Weißig	V0329/09 beschließend
-----------	---	----------------------------------

Die Oberbürgermeisterin stellt die Vorlage vor und übergibt das Wort dem Zweiten Bürgermeister, Herrn Sittel, zur Darstellung der rechtlichen Sicht zum Votum des Ortschaftsrates Schönfeld-Weißig.

Der Zweite Bürgermeister, Herr Sittel, legt dar, dass die Vorlage erstmals am 9. August 2010 im Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig mit einem positivem Votum behandelt worden sei.

Das rechtliche Defizit an diesem Votum habe darin bestanden, dass Herr Behr als Mitglied des Ortschaftsrates mitgestimmt habe, obwohl er im Sinne der SächsGemO bereits in anderer Eigenschaft tätig und somit befangen gewesen sei. Nach einem entsprechenden Hinweis sei das Rechtsamt mit der Prüfung beauftragt und der Beschluss beanstandet worden. Weiterhin sei auf eine Wiederholung der Beschlussfassung hingewirkt worden. In der Ortschaftsratsitzung am 13. September 2010 erfolgte eine nochmalige Befassung mit der Vorlage. An der Abstimmung hierzu habe Herr Behr nicht teilgenommen. Unter seiner Nichtbeteiligung habe es wiederum ein positives Votum gegeben. Gegenstand der Wiederholung sei ausschließlich die rechtliche Befangenheit von Herrn Behr nach SächsGemO gewesen. Insofern sei der Makel der Beschlussfassung geheilt worden, so dass es jetzt eine ordnungsgemäße Beschlussfassung des Ortschaftsrates gebe.

Ergänzend müsse beachtet werden, dass die Beschlüsse des Ortschaftsrates einen anderen Charakter hätten als die Beschlüsse des Gemeinderates. So sei der Ortschaftsrat gem. § 67 Abs. 4 zu hören. Dies wäre inzwischen zwei Mal erfolgt.

In diesem Zusammenhang klärt er den Sachverhalt zur Form der Vorlage für die Mitglieder im Ortschaftsrat auf.

Insgesamt konstatiere er, dass die Vorlage in der fachlichen Prüfung im Eigenbetrieb Kita nach allen ordnungsgemäßen Kriterien einen positiven Befund habe, so dass der vorhandene Makel neben den verwaltungstechnischen Interessen im Sinne der Befangenheit geheilt sei und nach heutigem Erkenntnisstand kein Grund vorhanden wäre, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Geschäftsordnungsantrag

Frau Stadträtin Haase beantragt die Verweisung der Vorlage in den Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen. Der Mietpreis von 7,75 EUR pro m² erscheine im Blick auf den Flächenansatz von 15 m² pro Kind zu hoch. Sie verweist weiter darauf, dass ein Mangel an Kita-Plätzen vor allem in Gönnsdorf-Pappritz, teilweise in Schullwitz bestünde. Deshalb solle im Betriebsausschuss diskutiert werden, ob wirklich der Standort in Weißig der geeignete ist, um dem Platzmangel in diesem Bereich abzuwehren. Im Ausschuss sollten Alternativen mit den aktuellen Angeboten dargestellt werden.

Herr Stadtrat Dr. Lames sieht keine greifbare Alternative. Er möchte wissen, ob es zurzeit noch Angebote gebe, die in absehbarer Zeit entscheidungsreif wären. Wenn nicht, stimme die SPD-Fraktion dem Verweisungsantrag nicht zu.

Herr Bürgermeister Seidel geht auf das Ergebnis der Ausschreibung zu Mietobjekten im Bereich Bühlau/Weißig von 2008 und der erneuten Ausschreibung von 2009 näher ein. Derzeit gebe es im Gebiet Weißig keine Alternative. Der genannte ausverhandelte Preis sei annehmbar. Für das Gebiet Bühlau verweise er u. a. auf das Vorhaben am Straßenbahnhof. Davon ausgehend sei man für Bühlau und Ullersdorfer Platz gut aufgestellt, aber nicht in Weißig. Wenn es keine Zustimmung zur Vorlage gebe, hätte man dort keine Plätze.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Betriebsausschuss für Städtische Krankenhäuser und Kindertageseinrichtungen mit 24 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Herr Stadtrat Dr. Lames geht davon aus, dass die von der SPD-Fraktion geforderte Erklärung des Zweiten Bürgermeisters Grundlage für die Zustimmung wäre. Insgesamt sehe er den Verwaltungsvorgang kritisch. Wichtig sei, dass die Plätze gebraucht würden und keine Alternative greifbar wäre. In der Sache stimme die SPD-Fraktion zu.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Jugendhilfeausschusses mit 58 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat beschließt** zur bedarfsgerechten Versorgung der Kindertagesbetreuung im Ortsamtsbereich Loschwitz die Anmietung einer durch die Oesterreich Haus Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Kg zu errichtenden Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Hauptstraße 4 in 01328 Dresden.
2. Die Aufnahme der Kindertageseinrichtung in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen erfolgt im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Stadtrates hinsichtlich der Fortschreibung des Fachplanes vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis.
3. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Ausschreibung des Standortes zur Betreibung durch einen Träger der freien Jugendhilfe.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 58 Nein 0 Enthaltung 10

28 Variantenrechnung für die Einführung eines Schüler- und Sozialtickets

**V0661/10
beschließend**

Verweisung

- 29** **Notwendigkeit der Neuorganisation im Bereich Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) ab 1. Januar 2011 - Ein Vergleich der Organisationsformen "optimiertes Jobcenter" und "Option"** **V0621/10
beschließend**

Verweisung

- 30** **Neuorganisation der Trägerschaft für Grundsicherung für Arbeitssuchende** **A0171/10
beschließend**

Verweisung

- 31** **Lichtmasterplan Dresden Innenstadt** **V0188/09
beschließend**

Es besteht kein Vorstellungsbedarf.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Rentsch lobt für die CDU-Fraktion die sehr gute Vorlage. Ihm sei vor allem wichtig, die Dresdner Wahrzeichen ins richtige Licht zu setzen. Die unterschiedlichen Einzel-elemente in der Betrachtungsweise des Lichtmasterplanes halte er für richtig. Er berichte von einem Rundgang unter Beteiligung des Direktors des SIB, Herrn Coulin. Ausgehend von dessen Engagement sei ihm um den Fortgang des Lichtmasterplanes nicht bange. Diese gute Zusammenarbeit der Stadt mit dem Land wünsche er auch mit den privaten Investoren. In diesem Sinne plädiere er für die Zustimmung zu dem Plan. Er bedauert die zu geringe Teilnahme von Mitgliedern des Stadtrates an diesem Rundgang.

Frau Stadträtin Kaufmann erklärt für die Fraktion DIE LINKE. die Zustimmung zur Vorlage. Die Konzeption stelle innerhalb des 26-er Ringes eine allgemeingültige Anwendung bei Planung und Neubau, bei Verhandlungen und Vertragsabschlüssen mit öffentlichen und privaten Gebäudeeignern dar. Im Ergebnis der ausführlichen Diskussion in der Fraktion, insbesondere hinsichtlich der Kosten, halte ihre Fraktion das für gut. Damit könnte ein Gesamtensemble entstehen, was in sich schlüssig sei und Stück für Stück bei Sanierungsbedarf durch energieeffizientere Belichtungselemente abgelöst werde. Sie betone, dass hinter der Konzeption ein fundiertes und abwägendes Wissen sowie Erfahrungen stehen. Es wäre nicht nur ein Beitrag für mehr öffentliche Sicherheit auf Straßen, Plätzen usw., sondern auch ein wichtiger Beitrag hinsichtlich des Marketingeffektes.

Sie gebe zu bedenken, dass nicht nur der 26-er Ring wichtig für die Bürger und Touristen sei. Sie verweise auf das Beispiel neue Molenbrücke in Pieschen.

Herr Stadtrat Löser spricht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lobend für die gute Vorlage aus, obwohl sich einige Politiker gewünscht hätten, dass der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft auch darüber beraten hätte. Insofern sei auch die eine Enthaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau zu erklären.

Er halte es für richtig, dass bei der Umsetzung des Konzeptes Stadt und Freistaat zusammenarbeiten, um zu vermeiden, dass der eine oder andere durch seine Beleuchtung besonders heraussteche. Ein wichtiger Punkt sei die Energieeffizienz. Weiterhin unterstütze die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass wichtige historische Gebäude sehr differenziert beleuchtet werden können. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Ergänzung im Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 51 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zu.

Folgende Ausgangssituation bestand. Bei der zuständigen Landestalsperrenverwaltung (LTV) habe der gesamte Dresdner Osten eine sehr niedrige Priorität hinsichtlich der Abarbeitung der Schäden gehabt. Die Stadt versuchte, die Priorität zu heben und habe eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die eine bauliche Hochwasserschutzmaßnahme für das Laubegaster Ufer vorsah, ohne ein konkretes Ergebnis zu benennen. Das habe aber dazu geführt, dass sich in der Bevölkerung der Gedanke an eine Mauer am Laubegaster Ufer festgesetzt habe. Es bildeten sich Bürgerinitiativen. Betroffene meldeten sich zu Wort, um sich dagegen auszusprechen. Gleichzeitig gebe es aber nach wie vor in Laubegast eine große Anzahl von Menschen, die auf Grund der großen Betroffenheit beim Hochwasser von 2002 ein berechtigtes Interesse daran haben, dass effektive Hochwasserschutzmaßnahmen, in welcher Form auch immer, durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sei die Stadtverwaltung nicht sehr aktiv gewesen, um das Bild einer Mauer am Laubegaster Ufer zu zerstreuen und mit den Betroffenen konkret zu sprechen.

Durch die Stadtverwaltung sei dann eine Vorlage in den Geschäftsgang gebracht worden, wo nur die Kooperationsvereinbarung mit dem Land abgeschlossen werden sollte, damit die Stadt die Bauherrenschaft übernehmen und die Maßnahmen für das Land erledigen könne. Diese Stimmung aufnehmend, sei es nicht verwunderlich, dass Teile des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft sich dafür eingesetzt haben, intensiver als sonst Bürgerbeteiligung zu betreiben, um diese Missstimmung zwischen Stadt, Verwaltung und Bürgern zu befrieden. In der Folge habe es eine Qualifizierung der Vorlage dahin gehend gegeben, dass ein ergebnisoffener Prozess vor die Planungsarbeiten geschaltet wurde.

Für die SPD-Fraktion sei die Ergebnisoffenheit dieses Prozesses der Bürgerbeteiligung sehr wichtig und auch, dass angrenzende Gebiete und Auswirkungen von Maßnahmen auf diese Gebiete mit betrachtet werden sollen.

Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu und rufe gleichzeitig alle beteiligten Interessierten auf, sich intensiv an diesem Prozess zu beteiligen, damit eine Lösung für den Hochwasserschutz im Dresdner Osten gefunden werden könne, mit dem die Mehrheit leben könne.

Frau Stadträtin Schubert verweist darauf, dass die aktuellen Ereignisse zeigen, wie wichtig Hochwasserschutz sei, die Frage sei nur, um welchen Preis und mit welchen Mittel.

Die Vorlage der Stadtverwaltung sei auf heftigen Gegenwind bei den Laubegastern gestoßen. Sie befürchten einen Verlust ihrer Lebensqualität und der Stadtteilidentität, denn die Machbarkeitsstudie, die von der Landeshauptstadt in Auftrag gegeben wurde, besage, dass in Laubegast eine durchschnittlich 2 m hohe Mauer errichtet werden solle, ggf. mit mobilen Aufsätzen. Sie forderten Mitspracherecht bei den Planungen über das Schutzziel, so z. B. den Bau einer kleineren Mauer.

Sie bemerkt weiter, dass ursprünglich auf Grund der komplizierten Gegebenheiten und des wertvollen Stadtbildes im Dresdner Osten keine Hochwasserschutzmaßnahmen geplant waren. Für viele Laubegaster sei das völlig in Ordnung, denn sie leben am und mit dem Fluss. Deshalb könnten sie sich auch nicht vorstellen, dass vor ihrer Haustür eine Hochwasserschutzmauer errichtet werden solle, die den Stadtteil vom Fluss vollkommen abtrenne. Andererseits gebe es Bürger, die Angst vor Hochwasser haben und die geschützt werden wollen.

Sie verweist auf das Beispiel Pieschen. Hier sei im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die Öffentlichkeitsbeteiligung so gelaufen, dass die Bedenken der Bürger dahin gehend abgewiegt wurden, dass keine Bäume gefällt werden würden, was sich im Nachhinein als falsch erwiesen habe, denn die Bäume wurden doch im Frühjahr gefällt.

So sei es keine Überraschung gewesen, dass sich die Bürger quergestellt haben und über das Schutzziel und die Art und Weise der Hochwasserschutzanlage noch einmal debattieren wollten. Deshalb sollte eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung im Vorfeld und in jeder Phase der Planung erfolgen.

Die Vorlage sei ein Kompromiss. Im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft sei zugesichert worden, dass ein Konzept zur Bürgerbeteiligung erarbeitet werde. Sie bittet die Stadtverwaltung, noch einmal darauf einzugehen. Weiterhin sei zugesichert worden, dass es eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung gebe, aber keine Bürgerbeteiligung in jeder Leistungsphase der HOAI.

Sie verdeutlicht, dass der Hochwasserschutz im Dresdner Osten gemeinsam, umweltverträglich, nachhaltig, stadtbildschonend und identitätsbewahrend ausgestaltet werden müsse.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch könne sich ihren Vorrednern nur schließen. Sie verweist darauf, dass sich die Prognosen häufiger Hochwassersituationen zu bestätigen scheinen. Deshalb sei es besonders wichtig, die betroffenen Bürger in den Prozess mit einzubeziehen. Eine Bürgerbeteiligung sollte nicht erst dann erfolgen, wenn sich, wie in Laubegast geschehen, zwei verschiedene Lager gebildet haben.

Man könne nur hoffen, dass der Prozess der Bürgerbeteiligung, wie in der Vorlage geschildert, tatsächlich ergebnisoffen geführt, die Positionen der Bürger ernsthaft diskutiert und geprüft werden und zum Abschluss dieses Prozesses ein für alle Beteiligten optimales Ergebnis erreicht werde, welches sich nicht nur an den derzeitigen Bedingungen, sondern auch an den verändernden Hochwasserbedingungen orientiere. Die Fraktion DIE LINKE. werde diesen Prozess kritisch begleiten.

Sie verdeutlicht, dass Hochwasserschutz nicht nur aus Dämmen, Wällen oder Mauern bestehe, sondern auch Gebäudeselbstschutz beinhalte. Auch das sollte bei einer offenen Bürgerbeteiligung mit diskutiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Reuther verdeutlicht, dass seine Vorredner für ihre Fraktionen deutlich gemacht haben, dass sie der Vorlage zustimmen werden. In den Redebeiträgen sei im Wesentlichen das wiedergegeben worden, was Gegenstand der Ausschussdiskussionen gewesen war. An dieser Stelle frage er schon, wozu die Diskussion im Ausschuss gebraucht werde, wenn im Stadtrat alles noch einmal wiederholt werde.

Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er stellt klar, dass niemand davon gesprochen habe, eine Mauer in Laubegast zu bauen. In einer Diskussion sei geäußert worden, dass man eine 2,5 m hohe Mauer bauen müsste, um Laubegast vor einem Hochwasser wie im Jahr 2002 zu schützen. Jeder, der die örtlichen Gegebenheiten kenne, werde wissen, dass eine solche Behauptung völliger Blödsinn sei.

Frau Stadträtin Köhler sei Laubegasterin und froh darüber, dass endlich eine Bürgerbeteiligung stattfinde, die Bürger angehört werden und ihre Vorschläge/Anregungen unterbreiten können. Sie verweist auf die unterschiedlichen Meinungen zum geplanten Bau der Schutzmauer. Sie spricht sich dafür aus, die Ufer immer wieder auszubaggern und Anlagerungen abzutragen anstatt eine Mauer zu bauen.

Die BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Kluger merkt an, dass Frau Stadträtin Schubert in ihren Ausführungen hinsichtlich der Hochwasserschutzmaßnahmen und Baumfällungen in Pieschen im Zusammenhang mit dem Einfordern von Bürgerbeteiligung und der Berücksichtigung von Bürgerinteressen darauf verwiesen habe, dass den Bürgern die Fällung der Bäume nicht gefallen habe, was auch richtig sei. Allerdings gehöre es dazu, die ganze Wahrheit auszusprechen.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Hochwasserschutzmauer und auf Grund des Eingriffes in das Wurzelwerk seien die Bäume nicht zu erhalten gewesen. Durch ein massives Zurückschneiden hätte man die Bäume vielleicht für einige Zeit erhalten können, und zwar solange, bis die Pflicht zur Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen an der Stadt hängengeblieben wäre.

Die Stadtverwaltung habe sehr um den Erhalt der Bäume gegenüber der Landestalsperrenverwaltung (LTV) gekämpft, sich aber dann entschieden, die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen von der verantwortlichen LTV einzufordern. Dementsprechend werde es am Standort 70 Bäume und 20 Großsträucher und darüber hinaus freiwillig weitere Ausgleichsmaßnahmen durch die LTV geben.

Wenn so über Bürgerbeteiligung und deren Umgang mit den Ergebnissen gesprochen werde, die Realität aber anders aussehe, müsse man sich nicht wundern, dass die CDU-Fraktion schon skeptisch sei, wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von Bürgerbeteiligung spreche.

Frau Stadträtin Schubert stellt klar, dass die Planungen im Planfeststellungsverfahren feststanden und der geplante Bau der Mauer bekannt gewesen sei. Die Stadtverwaltung habe dazu eine Eingabe gemacht, dass die Bäume wahrscheinlich nicht zu erhalten seien. Die LTV dagegen habe behauptet, dass die Bäume erhalten werden können. Das meine sie mit Abwiegung der Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern, die einfach vom Tisch gewischt wurden.

Frau Stadträtin Lattmann glaube, dass die Einschätzung von Herrn Stadtrat Dr. Reuther nicht richtig sei. Dieses Thema sei für viele Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig und könne deshalb nicht nur in den Ausschüssen thematisiert werden. Den Ausführungen von Frau Stadträtin Köhler könne sie nur zustimmen.

Sie verweist auf das Gebiet von Zschieren, wo sich eine Initiative gebildet habe. Weil wahrscheinlich kein anderer Weg möglich sei, müsse für die Zschierener in Zukunft der Selbstschutz durch Selbstschutzmaßnahmen eine größere Rolle spielen. Sie stellt klar, dass die Thematik nicht nur die Stadt etwas angehe, sondern auch vom Land entschieden werden müsse, ob für Gegenden, wo ein Selbstschutz dringend notwendig sei, bestimmte Formen der Förderung möglich sind.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Schindler beantragt Ende der Debatte. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Ende der Debatte mehrheitlich zu.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

1. **Der Stadtrat beauftragt** die Oberbürgermeisterin, als Voraussetzung für Planungen zur Verbesserung des Schutzes des Stadtteils Laubegast vor Hochwasser der Elbe in einem intensiven partizipatorischen Verfahren die Schutzziele zu definieren sowie grundsätzliche Anforderungen an Lage, Form und Gestalt entsprechender Schutzanlagen unter Berücksichtigung städtebaulicher, gestalterischer und naturräumlicher Randbedingungen auszuarbeiten. Im Ergebnis ist eine den spezifischen Anforderungen entsprechende Aufgabenstellung dem Stadtrat zur Entscheidung über den Umfang der Hochwasserschutzmaßnahmen, über die Bearbeitung der Ergebnisse in einem interdisziplinären Wettbewerb und infolge über die Fortschreibung der Gestaltungskonzeption Nr. G 07 Laubegaster Ufer vorzulegen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen und der Landeshauptstadt Dresden zur Planung und Realisierung von Maßnahmen zum Gebietsschutz der Bebauung zwischen Werft und Berchtesgadener Str. in Dresden-Laubegast vor Hochwasser der Elbe (Elbe Z1 – Gebietsschutz Laubegast) gemäß Anlage 1 abzuschließen.

3. Die Ergebnisse der Vorplanung einschließlich einer Vorzugsvariante sind dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Der Stadtrat entscheidet damit auch über ggf. erforderliche städtische Mittel zur Herstellung eines Nutzen-Kosten-Verhältnisses von mindestens eins gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2 der Kooperationsvereinbarung sowie über die Umsetzung ggf. erforderlicher Maßnahmen in der Kostenträgerschaft der Landeshauptstadt Dresden gemäß § 7 Abs. 3 Satz 3 der Kooperationsvereinbarung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

34 Vermeidung des Erwerbes von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen V0519/10 beschließend

Herr Bürgermeister Vorjohan erläutert und begründet die Vorlage.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Dr. Lames spricht sich für die Vorlage aus. Er finde die Herangehensweise richtig, erst einmal Erfahrungen zu sammeln, diese dann zu evaluieren und auf deren Basis nach Möglichkeit weiter zu entwickeln.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die immer wieder angesprochenen vergabefremden Kriterien ein. Was Vergaben sind, sei im Gesetz definiert. Abgeleitet von der europäischen Richtliniengebung sei über die bundesgesetzlichen Grundlagen eine Möglichkeit geschaffen worden, solche Regelungen zu treffen, die Frage sei nunmehr, wie man das im Einzelnen umsetze. Dazu spreche er der größten Fraktion in diesem Hause Mut zu.

Herr Stadtrat Kaden stellt fest, dass es bei diesem Thema um vergabefremde Aspekte gehe und die CDU-Fraktion diesen durchaus kritisch eingestellt sei.

Er verdeutlicht, dass der entscheidende Punkt des öffentlichen Einkaufes und der Umgang mit den anvertrauten Steuergeldern das Prinzip der Wirtschaftlichkeit sei. Deshalb werde am Ende auch der Zuschlag nicht auf das Angebot mit dem höchsten Preis, mit der Aussage, nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt, sondern auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Dennoch habe sich ein gewisser Trend im Vergabewesen entwickelt, darüber nachzudenken, welche politischen Möglichkeiten es außer der Wirtschaftlichkeit noch gebe, z. B. die Frage der Förderung von Frauen, wer zahle entsprechende Tariflöhne, Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit usw. Sollte man diese Dinge mit berücksichtigen wollen, müsse man aber auch mit den Konsequenzen leben und sich fragen lassen, ob man das politische Ziel, das in der Öffentlichkeit verkauft werde, auch erreichen könne. Das treffe auch auf die Vorschläge der Stadtverwaltung zu. Er glaube, dass das schwierig sei und aus seiner Sicht Augenwischerei, was hier betrieben werde. In diesem Zusammenhang erinnert er an den gefassten Grundsatzbeschluss des Stadtrates. Die CDU-Fraktion sehe das Ganze mit einem gewissen Wohlwollen, werde sich aber bei der Abstimmung enthalten.

Letztlich stehe die Frage, ob mit den eingereichten Zertifizierungen, die Unternehmen in Zukunft beibringen müssen, in den Ländern, wo es derartige ausbeuterische Kinderarbeit gebe, das Ziel erreicht werden kann und diese Arbeiten minimiert werden. Er persönlich habe da seine Skepsis. Es sei interessant, wer solche Zertifikate ausstelle und wie genau dort gearbeitet werde. Es gebe genügend Berichte darüber, wo man ein Zertifikat bekomme, aber trotzdem solche Verhältnisse an der Tagesordnung seien. Auch die beizubringende Unternehmerklärung, wenn man ein solches Zertifikat nicht habe, sehe er hinsichtlich der unternehmerischen Risiken im Bereich der Haftung kritisch.

Herr Stadtrat Schollbach begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Er verweist darauf, dass viele Menschen in dieser reichen Gesellschaft sehr gut leben, weil sie Produkte kaufen, die in ausbeuterischer Arbeit, insbesondere auch von Kindern, hergestellt werden. Das habe nichts mit „Gutmenschentum“, sondern mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zu tun, dafür Sorge zu tragen, dass Produkte, die auf diesem Weg hergestellt werden, nicht erworben werden. An dieser Stelle sollte die Landeshauptstadt Dresden bei der Beschaffung ihrer Produkte mit gutem Beispiel vorangehen.

Laut Vorschlag der Verwaltung müssen die Bieter eine ausdrückliche Erklärung abgeben, dass ihre angebotenen Produkte nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Wenn diese Erklärung willentlich und wissentlich falsch abgegeben werde, handle es sich um eine arglistige Täuschung. In diesem Falle könne die Stadt die entsprechenden Verträge anfechten und diese Firmen können in der Zukunft nicht mehr berücksichtigt werden.

Im Gegensatz zu Herrn Stadtrat Dr. Lames vertrete er die Auffassung, dass man keinen Mut brauche, um einer solchen Vorlage zuzustimmen. Dies sei eine Frage der politischen Verantwortung.

Frau Stadträtin Zimmermann freue sich über die Vorlage der Stadtverwaltung. Allerdings habe sie sich gewundert, dass dafür ein Jahr benötigt wurde, weil es genügend Beispiele in ganz Deutschland gebe, wo diese Verfahrensweise in Großstädten bereits praktiziert werde.

Sie würdige, dass die CDU-Fraktion sich der Stimme enthalten werde. In diesem Zusammenhang erinnere sie an die kritische Haltung der CDU-Fraktion gegenüber den von ihr als vergabefremd bezeichneten Kriterien, die sie nicht für vergabefremd halte. Auch die Aussage, dass das oberste Prinzip die Wirtschaftlichkeit sei, unterscheide sich signifikant von der Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, denn das oberste Prinzip von Wirtschaftlichkeit sei für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Nachhaltigkeit, wo die Wirtschaftlichkeit ein Teilaspekt davon sei. Dazu gehöre auch die Gerechtigkeitsfrage, die mit diesen Kriterien bedient werde.

Sie hoffe, dass die Evaluierung nach einem Jahr positiv ausfalle.

Herr Stadtrat Dr. Gebel verweist auf ein Urteil von München, wo ein Unternehmer gegen diese Kriterien geklagt und Recht bekommen habe. Das Gericht habe u. a. darauf verwiesen, dass die Einhaltung nicht effektiv kontrolliert werden könne, solange es noch keine sicheren Kontrollen der Herkunft der fraglichen Produkte gebe. Wettbewerbsverzerrungen seien zu befürchten. Kritisch sehe er auch in vielen Punkten die Selbsterklärungen der Unternehmen, wenn es keine klaren Richtlinien und Zertifizierungen gebe.

Die FDP-Fraktion sehe den Beschluss als sehr kritisch an, denn dies könne zur Schaffung von mehr Bürokratie und höheren Kosten führen. Deshalb werde man sich der Stimme enthalten. Aus ethischer Sicht sei die Absicht gut, aber der eingeschlagene Weg im Sinne eines Bürokratieabbaus sei falsch.

Herr Stadtrat Krien konstatiert, dass dieser Beschluss nur eine Selbstbefriedigung für das eigene Gewissen sein könne.

Völlig unbestritten sei, dass es in großen Teilen der Welt mit Kindern und übrigens auch mit Erwachsenen so umgegangen werde wie im tiefsten Mittelalter, keine Schule, arbeiten von morgens bis abends ohne eine adäquate Entlohnung, von Kindersoldaten, von zu Bettlern ausgebildete Kindern und von Kinderprostitution ganz zu schweigen.

Es sei illusorisch, zu glauben, dass es in Ländern, wo man Waffen, Rauschgift und Sklaven kaufen und in dem man für das kleinste Vergehen gesteinigt werden könne, möglich sei, das Zertifikat zur Ware gleich mit zu erwerben. Sicherlich werde es eine Minderheit gutgläubiger Zeitgenossen geben, die an diesen Humbug glauben.

Er denke aber, alle seien intelligent genug, um zu wissen, dass es Augenauswischerei sei. Es diene nur dazu, sich selbst zu beweihräuchern und diese gute Tat auch noch laut kundzutun.

Er verweist darauf, dass man sich die Frage stellen müsse, wie es im eigenen Land mit der Zuverlässigkeit von irgendwelchen Stempeln oder Zertifikaten aussehe. Als Beispiel benennt er die letzte Love-Parade, wo laut Untersuchungen ein Stempel aus politischem Interesse erteilt wurde, obwohl er keinerlei Grundlage, keinerlei Wahrhaftigkeit gehabt habe.

Er stellt klar, dass ein Zertifikat denen nichts bringe, denen geholfen werden solle, eher das Gegenteil könne der Fall sei. Möglicherweise sondere es gerade den kleinen Unternehmer aus, der zu Hause in Eigenarbeit mit seiner Familie beispielsweise Bälle nähe, um sich davon wenigstens ein Brot kaufen zu könne. Aber der Großkonzern oder der Großhändler, der hunderte Ballnäher ausbeute, habe bestimmt das Know-how und das Geld, sich diese Zertifikate zu beschaffen.

Die fraktionslosen Stadträte werden sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Stadtrat Dr. Lames geht auf das von Herrn Stadtrat Dr. Gebel genannte Urteil ein und verweist darauf, dass es sich bei der Münchner Regelung, die beanstandet wurde, darum handelt habe, dass Anforderungen an die Grabsteine in einer Friedhofssatzung gestellt worden seien. Das Gericht sei davon ausgegangen, dass die Rechtsgrundlagen für solche kommunalen Regelungen in Friedhofssatzungen nicht ausreichen. Hier in dem speziellen Falle gehe es aber um den § 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und nicht um eine Friedhofssatzung.

Frau Stadträtin Jähnigen geht auf die Äußerungen von Herrn Stadtrat Krien, der so getan habe, als ob er sich um kleine Unternehmer in Entwicklungsländern kümmern würde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde nicht vergessen, dass er vorher in rassistischer und menschenverachtender Weise alle Länder der so genannten Dritten Welt gleichgesetzt habe mit Ausbeutung, Unterdrückung, Bildungslosigkeit und Bürgerkrieg. Sie könne das nur entschieden zurückweisen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsförderung mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die in der Anlage beschriebene Verfahrensweise zur Beschaffung von Produkten, die nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden, wird bestätigt.
2. Der Stadtrat ist bis zum 30. September 2011 über die Ergebnisse von Ausschreibungen zu informieren, welche die Vermeidung der Beschaffung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 32

35 Konzept einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten für die Stadt Dresden

**A0151/10
beschließend**

Herr Ambatielos, Vorsitzender des Ausländerbeirates:

„Als der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Anfang Juni ohne Gegenstimmen bei drei Stimmenthaltungen dem interfraktionellen Antrag seine Unterstützung gab, tat er das aus Überzeugung und aus Fachkenntnis: Die Lebensverhältnisse der Asylbewerberinnen/Asylbewerber und geduldeten Flüchtlinge sind den meisten Mitgliedern des Gremiums bestens bekannt, durch persönliche Kontakte, durch Besuche in Heimen und in Wohnungen, durch Berichte der engagierten Vereine und Initiativen.

Zu gut ist auch das Argument bekannt, nicht aus diesem Haus, dass „es diesen Menschen hier viel besser geht, als in ihren Heimatländern und dass sie froh sein sollten, dass sie überhaupt Bleibe und Schutz bei uns finden“. Es wird problematisch, wenn solche Aussagen, trotz eines gewissen Wahrheitsgehaltes, zur Begründung einer abwertenden oder ablehnenden Haltung gegenüber Vorschlägen benutzt werden, die Verbesserungen der Lebensbedingungen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und geduldeten Flüchtlinge fordern.

In Dresden leben immer noch zwei Drittel dieser Menschen in zentralen Heimen und nur ein Drittel in Wohnungen. In Chemnitz und Leipzig sind die Verhältnisse umgekehrt, in Städten wie Jena, Cottbus oder Leverkusen gibt es Wohnungen für Betroffene, die es wünschen, außerhalb von Heimen zu wohnen.

Ich spreche den Verantwortlichen in Dresden, die sich bemühen, ein erträgliches Leben für die Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern zu gewähren, gute Absichten nicht ab. Dennoch sind die Ansätze dieses Handelns, die Rahmenbedingungen schon so gestaltet, dass der Ertrag an Lebensqualität gering ist. Es überwiegt das Gefühl des Kontrolliertwerdens, der erzwungenen Untätigkeit und Bevormundung, was auch zu schweren psychischen Problemen führt. Das wissen Menschen, die im sozialen Bereich arbeiten, und da gibt es auch einige unter Ihnen, all zu gut. Die Pflicht, im Heim zu wohnen, bedeutet Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die angepriesenen Vorteile „Service, Sicherheit, Sauberkeit“ sollen weiterhin für Bahnhöfe gelten, denn in Orten, wo Menschen eher unfreiwillig zusammengeführt werden, bekommen diese Begriffe eher einen bitteren Beigeschmack.

Auch Dresden hat laut Gesetz die Option, geduldete Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Wohnungen, so genannten dezentralen Unterkünften, wohnen zu lassen.

Das sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz sieht die Unterbringung in Sammelunterkünften nicht zwingend vor. Privates Wohnen ist prinzipiell zulässig. Das sind für mich Begriffe, die Handlungsspielräume zulassen. Und außerdem: die Unterhaltung und Verwaltung von Wohnheimen kostet einer Kommune nicht weniger als die dezentrale Unterbringung.

Die Situation in den Heimen wird sich anspannen, wenn demnächst, wie geplant, der Stadt Dresden neue Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugeteilt werden.

Es heißt ja oft, dass die Art des Umgangs mit Minderheiten eine Messlatte für den Grad der Freiheit und Demokratie in einer Gesellschaft darstellt. Lassen wir diese Maxime für den relativ übersichtlichen Bereich gelten, in dem wir auf verschiedene Art und Weise Verantwortung tragen in unserer Kommune. Diese Maxime gilt meines Erachtens sogar doppelt, denn wir reden über Menschen, die Minderheit innerhalb der Minderheit sind.

Vor vier Jahren haben Sie sich mit Ihrem positiven Votum für eine Bargeldauszahlung an die Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingesetzt und einen humanistischen Prozess in Gang gesetzt, der übrigens keine der damals aufgestellten Einwände und Befürchtungen bestätigte.

Sie können heute diesen Prozess fortsetzen in der Gewissheit, für die Kommune keine wirtschaftlichen oder sonstigen Beeinträchtigungen herbeizuführen und Hunderten Menschen, die in unserer Stadt leben, die Möglichkeit zu geben, dies künftig in Selbstbestimmung, Würde und Verantwortungsbewusstsein zu tun. Und das wäre im Interesse nicht nur der unmittelbar Betroffenen, sondern aller Bürgerinnen und Bürger.“

Frau Stadträtin Zimmermann erläutert und begründet den gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion eingereichten interfraktionellen Antrag. Sie beantragt, im korrigierten Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 27.09.2010 die Worte „mit Kindern“ zu streichen.

Herr Stadtrat Kaniewski bemerkt, dass für die SPD-Fraktion die dezentrale Unterbringung eine Frage der Menschenwürde sei. Deshalb sei es traurig und zugleich frustrierend, dass der Stadtrat sich wiederholt mit diesem Thema beschäftigen müsse. Er habe momentan das Gefühl, dass der Stadtrat auch diesmal nicht zu einer Einigung kommen werde.

Er verweist darauf, dass sich die einreichenden Fraktionen viel Zeit genommen und versucht haben, einen gemeinsamen Kompromiss zu finden. Die CDU-Fraktion habe in den Ausschüssen deutlich gemacht, dass sie eine dezentrale Unterbringung wolle, aber nicht wisse, wie man das umsetzen könne. Deshalb verstecke man sich vor möglichen rechtlichen Bedenken. Deshalb würde er sich über eine politische Äußerung der CDU-Fraktion freuen.

Das Ziel der SPD-Fraktion sei, allen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten in Dresden die Möglichkeit zu geben, dezentral untergebracht zu werden, denn eine zentrale Unterbringung, wo der Mensch sich nicht frei entscheiden könne, in einer eigenen Wohnung zu leben, sei inhuman. Er verstehe nicht, warum die Chance nicht genutzt werde, humanitär zu handeln und sich für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, ob sie zwei Tage oder schon 10 Jahre in Dresden leben, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder einer anderen Nation angehören, ob sie hier arbeiten dürfen oder nicht, einzusetzen.

Er bemerkt weiter, dass die Landesdirektion in weiser Voraussicht, nachdem der Antrag eingebracht wurde, mit Schreiben vom 25.06.2010 Folgendes mitgeteilt habe: „Wir weisen klarstellend daraufhin, dass Asylbewerber nach wie vor regelmäßig in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen sind, ..., sofern nicht im Einzelfall mit Zustimmung der Landesdirektion Dresden dazu eine Ausnahme gemacht werden kann“.

Wenn es politischer Wille sei, Menschen dezentral unterzubringen, habe er kein Problem, für die ca. 300 bis 360 Personen, die noch zentral leben, einen Antrag auf Einzelfallentscheidung zu stellen, denn es gehe um das Individuum und um ein menschenwürdiges Leben.

Die SPD-Fraktion werde für die Freiheit des Individuum stimmen und sich freuen, wenn alle diesem Anliegen folgen könnten.

Frau Stadträtin Köhler habe die Asylbewerberheime persönlich besichtigt und feststellen müssen, dass dies kein menschenwürdiges Leben sei.

Sie verweist darauf, dass keiner aus purer Abenteuerlust seine Heimat verlasse. Diejenigen, die hier herkommen, kommen aus Gründen, die im materiellen Bereich, vielleicht auch im politischen Bereich, liegen. Dafür zahlen sie einen hohen Preis, nämlich den Verlust ihrer Heimat und ihre nationale Identität. Das oft jahrelange Leben in Heimen separiere und stigmatisiere. Leider seien die Gesetze noch nicht so, dass allen, die es wünschen, sofort eine dezentrale Unterbringung ermöglicht werden könne.

Der BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion sowie allen anderen Fraktionen seien die schwierigen und belastenden Lebensbedingungen der Betroffenen bekannt und bewusst. Deshalb wäre eine Neuregelung in Sachsen bzw. bundesweit wünschenswert.

Sie beantragt, folgenden Beschlusspunkt 2 im Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 27.09.2010 zu ergänzen:

„Die Landeshauptstadt Dresden wird beauftragt, auf Antrag von Dresdner Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten sämtliche Tatbestände, die eine dezentrale Unterbringung konform mit der bestehenden Rechtslage ermöglichen, in vollem Umfang auszuschöpfen.“

Sie bittet um punktweise Abstimmung.

Frau Stadträtin Malberg erinnert daran, dass der Antrag im Ausschuss Soziales, Gesundheit und Wohnen abgelehnt worden sei. Nachdem die Zählung wiederholt werden musste, gab es von Frau Stadträtin Köhler einen Ersetzungsantrag, auf den sie noch eingehen werde.

Gerade weil es hier um Menschen gehe, denen mit diesem Antrag Hoffnung gemacht werde, sollte man mit kühlem Kopf und klarem Verstand vorgehen und feststellen, dass dieser Antrag, so wie er eingebracht wurde, nicht entschieden werden könne.

Sie verweist darauf, dass in Zukunft mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Dresden kommen werden, die untergebracht werden müssen. Die Landesdirektion Dresden habe in einem Schreiben klargemacht, dass sie in dieser Angelegenheit das Sagen habe und sie sich nicht unter Druck setzen lasse von der untersten Unterbringungsbehörde, die die Stadt nun einmal sei. Es gebe Ausnahmefälle, die nicht selten seien. Die Landesdirektion Dresden sei an dieser Stelle sehr entgegenkommend, gerade wenn es Familien mit Kindern betreffe. Eine Aussage des Landes sei auch, dass die Lösung eines eventuellen Kapazitätsproblems durch verstärkte dezentrale Unterbringung nicht in Betracht komme.

So lautet das Gesetz. Wenn einige meinen, im Land damit nicht durchzukommen, sondern man versuche es einfach hier im Stadtrat, sei das aus ihrer Sicht nicht der richtige Weg und auch nicht gut für die Betroffenen.

Auch wenn alle das Gleiche wollen, müsse sie feststellen, dass der Stadtrat nicht das richtige Gremium sei, jetzt und heute zu entscheiden. Insofern sei sie sehr froh über den Antrag von Frau Stadträtin Köhler, der das Ganze etwas relativiert habe und die Tür ein Stück aufmache.

Sie äußere die Bitte, den Betroffenen die Wahrheit zu sagen und auch dabei zu bleiben. Es gebe Grenzen, die nicht überschritten werden können, weil es das Gesetz nicht zulasse.

Herr Stadtrat Naumann stellt fest, dass es über ein halbes Jahr gedauert habe, um diesen einfachen und überschaubaren Antrag von drei Fraktionen auf die Tagesordnung zu bringen, der das Ziel habe, die Lebenssituation von Menschen zu verbessern, weil diese das nicht selbst können.

Er verweist darauf, dass sich, ähnlich wie beim Bargeld vor vier Jahren, zwar alle wieder gegen menschenunwürdige Zustände in der Stadt aussprechen, aber wenn es um die konkrete Beseitigung dieser Zustände gehe, fehle die Bereitschaft, weil Reden einfacher sei als Taten. Das Beispiel zur Auszahlung von Bargeld habe nach allem Hin und Her und allen Unkenrufen zum Trotz gezeigt, dass es auch anders gehe. Heute spreche keiner mehr darüber und alle Seiten haben davon profitiert.

Er verdeutlicht, dass der Stadtrat wieder vor der gleichen Ausgangssituation wie damals stehe und wieder sei die Rede davon, dass der Beschluss so nicht gefasst und umgesetzt werden könne, weil es dafür keine Gesetzesgrundlage gebe. Dass aber eine Lösung notwendig ist, sei unbestritten, die bisherigen Wortbeiträge haben das auch gezeigt, indirekt sei das auch Bestandteil des Integrationskonzeptes.

Im Ausschussbericht wurde die Ergänzung vorgenommen „mit Kindern“. An dieser Stelle frage er sich, warum es eines Extraantrages bedürfe für einen Sachverhalt, der generell Praxis sei. Wenn Familien mit Kindern beim Amt einen Antrag auf dezentrale Unterbringung stellen, werde dieser in der Regel genehmigt.

Fakt sei, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber unterschiedliche Ausgangssituationen haben. Diese können physischer Natur und soziale Befindlichkeiten seien, die so schwierig seien, dass eine zentrale Unterbringung unmöglich ist. Es gebe sicherlich auch Betroffene, die eine zentrale Unterbringung wünschen.

Er beantragt, nicht über den federführenden Bericht, sondern über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit abzustimmen, da dieser der weitestgehende sei.

Frau Stadträtin Zimmermann erklärt, dass die Worte „mit Kindern“ im Ausschuss nicht vergessen worden seien, sondern bewusst weggelassen wurden, weil dies eine weitere Einschränkung vornehme.

Sie erinnert an den 2005 beschlossenen Stadtratsbeschluss zur Zahlung von Bargeld und verweist auf deren positive Auswirkungen. Warum solle das in diesem Fall nicht auch möglich sein? Auf Landesebene laufe zurzeit eine Debatte dazu. Es wäre ein wunderbares Signal der Landeshauptstadt Dresden, wenn sich der Stadtrat für eine dezentrale Unterbringung für alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die es wollen, entscheiden würde. Nach Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ermöglichen es die rechtlichen Gegebenheiten derzeit schon, eine dezentrale Unterbringung vorzunehmen.

Herr Stadtrat Baur merkt an, dass die fraktionslosen Stadträte eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern ablehnen.

Im ersten Halbjahr 2010 seien in Deutschland 15 579 Asylanträge gestellt worden, von denen 292 anerkannt wurden, das entspreche einer Quote von 1,5 %. Insgesamt leben etwa 50 000 Asylberechtigte in Deutschland, die tatsächlich als politisch Verfolgte anerkannt seien. Demgegenüber stehen nach offiziellen Angaben mindestens 200 000 abgelehnte Asylbewerber, die nach Schätzungen dem deutschen Steuerzahler jährlich 5 Milliarden EUR kosten. Da nur 1,5 % tatsächlich asylberechtigt seien, könne man beim überwiegenden Teil der Asylbewerber von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen, die keinen Anspruch darauf haben, dass sie monatelang oder jahrelang kostenlos versorgt und ihnen auch noch Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Man tue diesen Menschen keinen Gefallen damit, wenn man dafür Sorge, dass sie sich hier wohlfühlen. Sinnvoll wäre eine zügige Rückführung der abgelehnten Asylbewerber, damit diese sich so schnell wie möglich in ihren Heimatländern integrieren können. Es wäre fatal, wenn diese Menschen zukünftig alle in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Fatal zum einen, weil sich so etwas mit Sicherheit auch bis in deren Heimatländer herumspreche mit dem Ergebnis, dass noch mehr Wirtschaftsflüchtlinge in das vermeintliche Schlaraffenland Deutschland aufbrechen. Fatal zum anderen, weil es auch in Deutschland hilfebedürftige Menschen gebe, die von ihrem eigenen Staat immer weniger Unterstützung bekommen, weil dieser meine, sich lieber als Sozialamt der ganzen Welt aufzuspielen statt sich um seine eigenen Bürger zu kümmern.

Es mag einigen politisch unkorrekt erscheinen, aber Tatsache sei, dass der deutsche Sozialstaat im Grunde eine Solidargemeinschaft sei, in dem die Gesellschaft in Not geratene Mitglieder dieser Gemeinschaft unterstütze. Mitglieder dieser Solidargemeinschaft seien aber nicht Asylbewerber oder andere, die sich als Gast im Lande aufhalten, sondern die, die im Lande ihre Wurzeln haben.

Er halte es für völlig unproblematisch, Menschen zu helfen, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Aber allen zu helfen, denen es wirtschaftlich schlecht gehe, sei ein Ding der Unmöglichkeit und werde den Sozialstaat mit Sicherheit zum Kollabieren bringen. Deutschland sei der weltweit drittgrößte Zahler von Entwicklungshilfe und trage dafür mehr als andere zur Bekämpfung von Armut bei. Menschen in anderen Ländern zu helfen, sei wesentlich sinnvoller als sie nach Deutschland zu holen.

Die Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften sei wesentlich kostengünstiger als in Wohnungen und gewährleiste eine wesentlich bessere Betreuung und Kontrolle dieser Menschen. Ziel dürfe nicht sein, Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Herren Länder in Dresden zu integrieren, sondern dafür zu sorgen, dass diese schnellstmöglich in ihre angestammten Heimatländer zurückkehren können.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Pallas, SPD-Fraktion:

„Ich bin persönlich sehr angewidert von dem, was ich eben gehört habe. Ich möchte nur auf einen Punkt eingehen, der zum Schluss kam. Herr Stadtrat Baur hat die Ablehnung des Antrages damit begründet, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber in zentralen Unterkünften besser kontrolliert werden können. Da hat er sehr deutlich gemacht, wessen Geistes Kind er eigentlich ist und dass seine geistigen Vorväter es vielleicht deutlicher gesagt hätten, das widert mich an in der heutigen Zeit, so etwas hören zu müssen. Ich lehne das ganz entschieden ab, was ich hier eben hören musste.“

Herr Stadtrat Baur sei persönlich angegriffen worden. Es stehe Herrn Stadtrat Pallas jederzeit frei, aus dem Saal zu gehen, wenn er rede. Er müsse es genauso ertragen, wenn er spreche, wenn Frau Stadträtin Jähnigen spreche. Entweder müsse man das abkönnen oder aus dem Saal gehen. Er lasse sich nicht unterstellen, dass er widerliche Reden halten würde oder welche geistigen Urväter er hätte. Er stehe zu seinem Gesagten, dass man Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften besser kontrollieren könne. Deshalb sei es völlig legitim, über Leute, die Gäste der Stadt seien, eine Kontrolle zu haben. Dass das notwendig sei, zeige das Beispiel aus dem Asylbewerberheim in Johannstadt, wo wegen mangelnder Kontrolle eine deutsche Abiturientin von einem Pakistaner umgebracht wurde.

Persönliche Erklärung von Herrn Stadtrat Bertram, SPD-Fraktion:

„Ich habe am Ende der Rede von Herrn Baur festgestellt, dass dort ein sehr sachwidrige und wahrheitswidriger Zusammenhang dieser Frage mit dem Mord an Susanne Henkel hergestellt wurde. Ich möchte an der Stelle sagen, als ehemaliger Lehrer von Susanne, dass ich so einen Missbrauch wirklich verabscheue, wie man diesen Todesfall für fremdenfeindliche, rechtsextreme Zwecke in dieser Weise missbrauchen kann.“

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Herrn Stadtrat Naumann auf Abstimmung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit mit 30 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Frau Stadträtin Köhler, Ergänzung eines Beschlusspunkt 2, mit 66 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

„Die Landeshauptstadt Dresden wird beauftragt, auf Antrag von Dresdner Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten sämtliche Tatbestände, die eine dezentrale Unterbringung konform mit der bestehenden Rechtslage ermöglichen, in vollem Umfang auszuschöpfen.“

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Frau Stadträtin Zimmermann, Streichung der Worte „mit Kindern“ im Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 27. September 2010 mit 30 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem unveränderten Beschlusspunkt 1 im Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen vom 27. September 2010 mit 65 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt dem ergänzten Beschlusspunkt 2 mit 62 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis zum 31. Dezember 2010 ein Konzept zu erarbeiten, dass bis zum 30. Juni 2011 Dresdner Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Aufenthaltsgestattung) und geduldete Migrantinnen und Migranten mit Kindern generell dezentral in Wohnungen untergebracht werden.

In die Erarbeitung des Konzeptes sind sowohl die Betroffenen als auch die Betreiber, die Wohnungsgesellschaften, Beratungsstellen sowie migrationspolitische Vereine der Stadt und der Ausländerbeirat einzubeziehen.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, auf Antrag von Dresdner Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und geduldeten Migrantinnen und Migranten sämtliche Tatbestände, die eine dezentrale Unterbringung konform mit der bestehenden Rechtslage ermöglichen, in vollem Umfang auszuschöpfen.

Abstimmungsergebnis:

Pkt. 1: Ja 65 Nein 2 Enthaltung 0

Pkt. 2: Ja 62 Nein 2 Enthaltung 0

punktweise Abstimmung

Helma Orosz
Vorsitzende

Johanna Reiher
Schriftführerin

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Silke Schöps

Jens-Uwe Zastrow

Stadträtin/Stadtrat

Stadträtin/Stadtrat